

Es scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Preisklasse für 1893 unter Nr. 6798.

Intentions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluss Amt I. Nr. 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 14. März 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Karl Marx.

(Geboren 5. Mai 1818. Gestorben 14. März 1883.)

Heute vor 10 Jahren starb Karl Marx. Die revolutionäre, demokratische Sozialdemokratie, welche die Gleichheit alles dessen, was Menschenanliegen trägt, zum Ziele hat, leidet und duldet keinen Personenkultus, allein wir nichts Menschliches ihr fremd ist, so auch nicht die Dankbarkeit und nicht die Würdigung wahrer Größe. Und voll innigster Dankbarkeit gedenkt heute jeder Klassen- und menschenheitsbewusste Arbeiter und Mensch des Mannes, der dem Proletariat den Weg der Befreiung gezeigt und die geistigen Waffen geschmiedet hat, mit denen es den Befreiungskampf siegreich führt.

Als am 14. März 1883 der elektrische Funke in alle Lande die Nachricht trug: Marx ist tot!, da durchzuckte brennender Schmerz die Brust von Millionen und Millionen, und tiefe Trauer kunkte sich in das Herz von Millionen und Millionen. So ist noch um keinen Monarch getrauert worden. Und kein Monarch hat jemals ein solches Reich gehabt, wie dieser Fürst, d. h. dieser Erste im Reiche der Geister, in der Weltrepublik der Wissenschaft. Was ist Karls des Fünften Reich, in dem die Sonne nicht unterging, verglichen mit dem Reiche, das Karl Marx gegründet und beherrscht hat, das er auch heute beherrscht — und das von Tag zu Tag größer wird, während jenes Reich des kronentragenden Monarchen in Trümmer zerfallen ist, wie jedes Blut- und Eisenreich in Trümmer zerfällt.

In allen Ländern der Erde, überall, wohin ein Strahl des Lichts und der Hoffnung gedrungen in die Nacht des enterbten Volkes der Arbeit, da herrschte Trauer und Schmerz — Karl Marx tot!

Doch nicht Trauer und Schmerz der Verzweiflung. Nein, die Trauer und der Schmerz von Kriegerern an der Leiche des Führers, der auf der Siegesbahn gefallen, und dem Jeder den heiligen Schwur leistet: voran zu stürmen auf der Bahn, die er gezeigt, und nicht eher das Schwert sinken zu lassen, als bis der Sieg erkämpft.

Karl Marx tot! Beim Nahen des Todes — sagt man — ziehe vor dem Sterbenden im Flug sein ganzes Leben vorüber. Wenn ein Freund, irgend Einer, der uns nahe stand, plötzlich und unerwartet stirbt, erinnern wir uns jäh seines ganzen Lebens und Wirkens, das sich im Nu zu einem Bilde zusammendrängt.

Marx tot! Das hieß der Mitverfasser des Kommunistischen Manifestes tot! Der Schöpfer des Kapitales tot! Der Gründer der internationalen Arbeiterassoziation tot!

Marx tot! Das hieß der unermüdete Kämpfer tot, der von frühesten Jugend an in der Presse, in unzähligen Abhandlungen, Flugblättern und Schriften die Sache des Proletariats vertrat, und mit dem heiligen Ingrimme eines Marx die Blüher entlarvt, die Uebermühtigen in den Staub geworfen, die falschen Götzen zerschmettert hatte. —

Fevilleton.

nachdruck verboten.)

38

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Es war von Taras Kostrow und in den unschuldigen Ausdrücken einer geschäftlichen Botschaft gehalten. Die Bedeutung war aber nur zu ernst. Taras, der augenscheinlich auf Geheiß der Parteileitung depechierte, verlangte, daß der Anschlag drei Tage aufgeschoben werden sollte.

Es war klar, daß etwas sehr Wichtiges, das am nächsten oder nächstfolgenden Tage vor sich gehen sollte, irgendwie vereitelt werden würde, wenn das Telegramm über die Dubrawnik'sche Angelegenheit vorher die St. Petersburg Polizei erreichte.

Andrej wie auch Sina hatten genügend Erfahrung, um zu wissen, daß solch ein unglückseliges Zusammentreffen sehr leicht möglich war. Aber sie mußten auch — wenigstens Andrej — daß bei dem jetzigen Stande der Dinge, einem solchen Gesuche nachgeben, den Plan ganz aufopfern hieß.

Wie gefällt Ihnen das? fragte Andrej sarkastisch, Wasilij das Telegramm überreichend.

Als Antwort zerknitterte er es in der Faust und warf es mit einem langen Pfiff auf den Tisch.

„Und ich habe heute den Wagen so gut eingeschmiert

Neulich brachten wir eine kurze Lebensbeschreibung von Karl Marx aus der Feder seines geistigen Zwillingbruders unseres Friedrich Engels, der noch so tapfer und jugendfrisch unter uns kämpft, und dessen Wirken ein so war und gleichwertig mit dem seines verstorbenen Freundes und Genossen. Auf diese Lebensbeschreibung — Nr. 25 des „Vorwärts“ — verweisen wir. Die Genossen müssen die dort mitgetheilten Thatsachen sich ins Gedächtniß einzahlen. Was Marx für unsere Bewegung, was er für das Proletariat war und ist, das brauchen wir des Näheren nicht den Genossen zu sagen. Marx das ist die moderne Arbeiterbewegung.

Das kommunistische Manifest, das er mit Engels vor fast einem halben Jahrhundert uns gab, ist das Programm unserer Partei — der internationalen Sozialdemokratie.

Das Kapital ist die Bibel des Proletariats — das Buch der Bücher. Ein Torso, und doch in sich fertig und abgeschlossen — ein Riesenbau, fest gefügt, die Quadern demantbar, und keine Fugen, in welche die Kritik einen Hebel eintreiben könnte. Kein Stein ist gebrochen, kein Stein verrückt — und die vielen Vermehrungen, welche auszuweisen, um den Riesenbau zu zerstören, sie sind jämmerlich zu Schanden geworden.

Und die internationale Arbeiterassoziation, die von Karl Marx geschaffen ward, sie ist das Ideal der Proletarier aller Länder, die wetteifernd an seiner Erfüllung arbeiten.

Marx hat den Sozialismus zur Wissenschaft gemacht, und damit den Befreiungskampf des Proletariats aus dem Nebel der Utopie auf den Boden der Wirklichkeit verlegt. Er verabscheute jede Sektirerei, er verwahrte sich gegen jedes Papißthum — er wollte „kein Marxist“ sein. Der Mann, der die geschichtlichen und wirthschaftlichen Entwicklungsgesetze aufdeckte, konnte nicht dem Wahn huldigen, mit ihm habe die Wissenschaft begonnen, und mit ihm höre sie auf. Niemand hat nachdrücklicher die Nothwendigkeit des Fortschritts, die Pflicht des Selbstdenkens und Selbsthandelns betont.

Er billigte Manches nicht, wozu die Logik der Verhältnisse uns in Deutschland zwang. Der Brief ist in frischer Erinnerung, welchen er über das Gothaer Kompromißprogramm schrieb. Marx überzeugte sich jedoch bald, daß die Einigung der getrennten Gruppen eine Lebensfrage für die deutsche Arbeiterbewegung gewesen war, und mit stolzer Freude betrachtete er das Wachstum und den sicheren Vormarsch der deutschen Sozialdemokratie, deren Standhaftigkeit und Muth unter dem Sozialistengesetz ihm wiederholt Worte der Bewunderung entlockten.

Und heute vor 10 Jahren ist das Auge gebrochen, das Blühe sprühte den Unterdrückten und Liebe ausstrahlte den Unterdrückten.

Keiner hat besser gehaßt, aber auch keiner besser geliebt. Gleich groß im Haß wie in der Liebe, hat Karl

Marx im reichsten und vollsten Maße den Haß der Unterdrückten und die Liebe der Unterdrückten sich verdient.

Kein Denkmal von Stein oder Erz bezeichnet die Stätte, wo der große Bahnbrecher des Sozialismus und Vorkämpfer des Proletariats den letzten Schlaf schläft — in einfachem Grabe ruht er unter dem Volke — auch im Tode noch der Mann des Volkes — der Gleiche unter Gleichen.

Statt des Denkmals von Stein oder Erz wölbt sich über dem einfachen Grabe ein mächtiger Dom, himmelhoch, das Erdennrund umschließend: der Tempel der befreiten Arbeit und der brüderlich geeinten Menschheit.

Und in diesem Tempel hoch oben in flammenden Lettern die Inschrift

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! geschrieben von der Hand des Meisters, der leben wird im Geist und Herzen der Völker, wenn seine Väter und alle die falschen Helden des Tages längst der Vergessenheit oder Verachtung anheingefallen sind. —

Noch ist der Bau nicht fertig. Aber die Grundmauern sind fest, unerschütterlich — hat doch er die Steine gewählt, behauen und gelegt und den Plan entworfen, er der große Baumeister, der auf dem Kirchhof bei London ruht — bei London, der großen „Mutterstadt“ der modernen Zivilisation — der Hauptstadt des freien England, das dem Verbannten eine Freisstätte gab und die Bühne, von der aus er die Welt überschauen und zur Welt reden konnte.

In den Urnissen ist der gewaltige Dom schon fertig, und Jeder kann schon die Formen erkennen. Emsig wird gearbeitet; Millionen von Händen, denen er den leitenden Gedanken gab, arbeiten mit Vienenfleiß und Cyclopenkraft an dem rasch der Vollendung zueilenden Werk; und wie einst bei dem Tempelbau der Juden, die Hände, die arbeiten, sind auch allezeit bereit die Waffe zu ergreifen, um den Feind abzuwehren, der das Werk stören will.

Wir arbeiten! Wir bauen! Wir kämpfen! Und wir werden nicht rasten, bis der Sieg errungen und das Werk vollendet ist.

Wir sehen Deine Lehre in That um. So ehren wir Dich, todter Meister! todter Freund!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März.

Aus dem Reichstage. Bei gewohnheitsmäßiger Beschlusfähigkeit fand heute zunächst der Gesetzentwurf, betr. die Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern, gegen die Stimmen der Linken (Freisinn und Sozialdemokratie) Annahme. Eine von dem Abgeordneten Dr. Barth beantragte Resolution, den Herrn Reichskanzler aufzufordern, mit der Gesellschaft des Norddeutschen Lloyd in Unterhandlung zu treten behufs Wegfalls des Dienstes der Zweiglinie von Australien nach Samoa unter Reduktion

und die Pferde so gut gereinigt!“ entfuhr es ihm unter tiefem Bedauern.

Andrej wollte mit diesem neuen Hinderniß kurzen Prozeß machen.

„Es ist zu spät zum Aufchieben,“ sagte er.

„Durchaus nicht,“ antwortete Sina. „Da es noch nicht geschehen ist, kann es leicht aufgehoben werden.“

„Das hiesse aber es ganz aufgeben. Es ist vielleicht unsere letzte Gelegenheit.“

„Vielleicht,“ sagte Sina.

„Nun,“ erwiderte Andrej, eigensinnig werdend, „ich glaube nicht, daß sie das Recht haben, so etwas von uns zu fordern; und wenn sie es thun, sind wir vollkommen berechtigt, unseren Plan zu Ende zu führen. Es ist beschlossen worden, beherzigen Sie dies! Wir arbeiten schon Monate daran; wir sind auf dem Punkte, es zu einem glücklichen Ende zu bringen, und jetzt sollen wir, um irgend eines anderen Planes, vielleicht nur eines Phantasiegebildes willen eine Angelegenheit aufzugeben, in dem es sich um drei Menschenleben handelt, Nein, das ist zu viel. Wie wird etwas zu stande kommen, wenn unsere Partei eine solche Taktik einnimmt.“

Sina sprang erregt auf, als ob diese Worte eine persönliche Beleidigung enthalten hätten.

„Sprechen Sie keinen Unsinn, Andrej!“ rief sie aus. „Sie wissen sehr gut, wie es um uns steht. Glauben Sie, daß die in Petersburg nicht ebenso wie wir ermessen können, was bei einem Aufschub gemagt wird? Wenn sie uns ein solches Telegramm senden, muß ihre Sache wichtiger als die unsere sein. Sie wissen selbst, daß wir nachgeben müssen.“

Das waren ihre Worte. Und der Blick ihrer großen

grauen Augen sagte ihm zu gleicher Zeit: — „Warum quälst Du mich so zwecklos? Glaubst Du, daß ich weniger bei der Sache theilhaftig bin, als Du? oder, daß ich nicht immer und immer wieder diese Gedanken selbst gehabt habe?“

Andrej biß sich nervös auf die Lippen und drang nicht länger in sie.

„Sind sie?“ — er meinte die Gefangenen — „benachrichtigt, daß heute nichts geschieht?“ fragte er.

„Ich hatte keine Zeit es zu thun“, antwortete Sina. „Das Telegramm traf gestern Abend nach meinem Zusammentreffen mit dem Schließer ein. Sie werden nichts und niemand in den Straßen sehen und leicht errathen, daß nichts geschehen kann.“

„Nein, das darf nicht sein. Sie werden daraus nur schließen, daß wir keine Zeit hatten an unsere Posten zu eilen, und daß der Versuch auf dem Rückwege gemacht wird. Sie müssen sofort benachrichtigt werden. Vielleicht werden sie es so einzurichten wissen, daß noch ein zweites Verhör nothwendig wird.“

„Das ist wahr, wie können wir sie aber jetzt benachrichtigen.“

„Warum sollten wir sie nicht auf der Straße treffen? Wenn sie uns zusammen und mich zu Fuß sehen, werden sie verstehen, daß wir sie nur sehen wollten und daß heute nichts geschehen kann.“

Sina gestel dieser Vorschlag sehr gut. Sie fürchtete nur, daß die Leute der Eskorte Andrej's Gesichtszüge bemerken, und wenn sie ihn bei einer anderen Gelegenheit zu Pferde und in einem anderen Anzuge sähen, Argwohn schöpfen würden.

„Zum Teufel mit dieser Vorsicht! Sie werden sich

der dafür bewilligten Subvention mit Berücksichtigung der dabei in Betracht kommenden finanziellen Gesichtspunkte, wurde mit gleichem Stimmverhältnis abgelehnt.

Beim Etat für das Reichs-Eisenbahnnetz brachte Bebel den Ausschluß sozialistischer Arbeiter in den Eisenbahn-Werkstätten und die ungesetzlichen Vorschriften der Arbeitsordnungen zur Sprache. Der Herr Eisenbahnminister zeigte sich bei der Gelegenheit wieder im vollen Pichte der offiziellen Arbeiterfreundlichkeit. Es sei Pflicht der Eisenbahnverwaltung, so erklärte der Herr, sich die Arbeiter, welche den Staat umstürzen wollen, unter allen Umständen von den Betrieben fern zu halten. Bebel quittierte gebührend für diese Aufrichtigkeit, welche zwar die Geld- und Blutopfer der Arbeiter rücksichtslos beansprucht, von den Arbeitsstellen aber dieselben Arbeiter um jeden Preis fern halten will. Gelingen thut dies freilich nicht, aber es ist von Nutzen, den bösen Willen dazu immer und immer wieder zu konstatieren. Sonst verlies die Sitzung ohne bemerkenswerten Zwischenfall. Es soll die Absicht bestehen, den Etat in zweiter und dritter Lesung diese Woche noch durchzupfeifen, so daß die Osterferien mit nächster Woche beginnen könnten. — Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen nebst Begründung zugegangen. Die Vorlage bezweckt eine Umgestaltung des Gesetzes über Marken-schutz vom 30. November 1874. —

Zu preussischen Abgeordnetenhaus beginnt heute die zweite Lesung des Wahlgesetzes. Sämtliche Parteien mit Ausnahme der freisinnigen stimmten darin überein, daß an die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nicht zu denken sei und sie sich mit einer Aufstufung des „elendesten“ aller Wahlgesetze begnügen wollten. Von den Freisinnigen hielt der Abg. Nicker eine matte Rede für das allgemeine gleiche Wahlrecht, der man es anmerkte, daß den Freisinnigen dieses selbst nicht zu sehr am Herzen liege. —

Stimmliche Stimmungsmache. Der Postdirektor Schlessier in Tilsit durchzieht, wie man der „Freisinnigen Zeitung“ von dort schreibt, als Agitator für die Militärvorlage mit einem Paket Broschüren aus dem Militärpräbureau die Restaurants der Stadt und bittet um Auslegung derselben. Es sind die bekannten von dem großen Unbekannten freigebig vertheilten Flugblätter und Broschüren. Wie würde man mit einem Beamten umspringen, der von der Schädlichkeit der Durchführung der Militärvorlage überzeugt in derselben Weise gegen dieselbe agitieren wollte. Seltsam, daß sich gerade Untergetriebene des Herrn v. Stephan besonders dienstfertig erweisen bei der Agitation für die Militärvorlage. —

Er hat seinen Sohn dahin, der Generalpostmeister Stephan. Aus Hamburg wird unterm 12. März gemeldet: Von einer Anzahl bedeutender Hamburger Rhedereien und Handelshäuser ist eine Adresse an Herrn v. Stephan abgesandt, welche eine entschiedene Kundgebung gegen die Angriffe enthält, die bei der jüngsten Staatsberatung im Reichstage von Sozialdemokraten, Deutschfreisinnigen und Antisemiten gegen die Reichspost- und Telegraphenverwaltung gerichtet waren. Zwar hat die öffentliche Meinung, wie sie in der Presse und im Parlament unverfälscht zum Ausdruck gekommen, ihr Urtheil über die Stephan-Fischer'sche Herrlichkeit klipp und klar gesprochen, was haben sogar Organe der Reichenbarone den Krach dieser Herrlichkeit unumwunden zugegeben, aber die „Rage, die Rache“ ist gerettet. Siebt es auch bessere, glaubwürdigere, tadelfreiere Eidesheifer als die Vertreter jenes hamburgischen Patrizier-Klingels, dessen erzreaktionäres Wesen und ägellose Profitgier die furchtbare Geschichte der 1892er Seuche aller Welt enthüllt hat? Das Ueber- und Ausfuhrkapital entziffert sich stürmisch an der ganzen Küste, an der Ostsee und an der Nordsee, von Hamburg bis nach Elsfleth, jenem oldenburgischen Rhedernest, dessen Notable so eifrig sind, Ehren-erklärungen abzugeben! Wenn die Gegner Stephan's noch zu mutzen wagen, so stoße man sie in die Wolfschlucht und vernichte sie zu der brennenden Höllequal, sämtliche Reime des Herrn von Stephan — sie sind alle miserabel — auswendig zu lernen. —

ebenso wenig meines Gesichtes erinnern, als die Hunderte von Leuten, welche sie sonst auf ihrem Wege treffen.

Wassily war, wie gewöhnlich, auf Andrej's Seite, und Sina gab nach. Sie machten sich sofort auf den Weg. Als sie sich einige hundert Schritte vom Wirthshaus entfernt hatten, sahen sie eine Droschke in voller Eile auf sie zu kommen. Watajko's haariges Gesicht blickte hinter der Schulter des Kutshers, dem er etwas sagte, hervor.

„Hallo! Halt!“ rief Andrej. Watajko sprang aus dem Wagen. Er brachte die Nachricht, daß in Klein's Fenster das Signal erschienen wäre. Die Gefangenen waren von dem Gerichtshofe vorgeladen. Die Wachen waren alle auf ihren Posten.

„Eile zurück und entlasse sie,“ sagte Sina. „Sie sollen auf der Strafe nicht gesehen werden. Heute ist nichts zu thun.“

Als sie sein verklärtes Gesicht sah, fügte sie hinzu: „Es ist nichts Besonderes, nur ein Aufschub von drei Tagen.“ Watajko eilte zurück, um seine neue Mission zu erfüllen. Sina und Andrej gingen nach der Allee, wo sie die Gefangenen zu treffen hofften.

Es war ein kalter Herbstmorgen. Ein feiner peitschender Regen fiel zur Erde. Die Vorübergehenden zogen freistehend den Rockragen enger zusammen und beschleunigten ihre Schritte. Sina öffnete den Regenschirm. Andrej hatte keinen, da er seiner Tracht nach nicht einer Klasse angehörte, bei der das Tragen von Regenschirmen in Rußland üblich war. Er achtete aber nicht auf die Unbill der Witterung.

„Welch' schönes Wetter“, bemerkte er, mit einem Seufzer auf die Strafe weisend.

Sina lächelte und nickte zustimmend. Es war ein prächtiges Wetter für eine Sache gleich der ihren und schade, eine solche Gelegenheit zu verlieren. Selbst die belebtesten Straßen waren fast leer.

Als sie in die Lindenallee einbogen, die sie von einem Ende bis zum andern übersehen konnten, stupten beide.

„Da sind sie!“ sagten sie mit unterdrückter Stimme, ohne sich zu bewegen.

(Fortsetzung folgt.)

Herr Stephan hat Unglück mit seinen Majestäts-beleidigungsprojekten. Das „Echo der Gegenwart“, das er wegen eines Artikels über die famosen Cholera-sammlungen verklagt hatte, ist freigesprochen worden. Und in einem anderen Stephan-Projekt, der gegen die „Thüringer Tribüne“ schwebt, soll auf Antrag des Verteidigers Harmanig Herr Stephan an selbst als Zeuge geladen werden — was ihm sicherlich nicht zur Freude gereichen wird. —

Einheitszeit. Am 1. April dieses Jahres tritt das Reichsgesetz betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung in Kraft. Voraussichtlich — so lesen wir im „Reichsanzeiger“ — wird sich die gleichzeitige und gleichmäßige Annahme der neuen Zeitbestimmung in allen Bundesstaaten, in welchen die mitteleuropäische Zeit nicht schon gegenwärtig angewendet wird, ohne Schwierigkeiten vollziehen, wenn nicht nur die öffentlichen Verkehrsanstalten, sondern auch die Behörden bei der Ordnung ihres Dienstes und bei allen Zeitangaben sich vom 1. April ab alsbald ausschließlich der mitteleuropäischen Zeit bedienen wollen. Dies läßt sich aber dadurch befördern, daß auf rechtzeitige Umstellung aller öffentlichen Uhren Sorge getragen wird, alle öffentlichen Uhren daher vom Morgen des 1. April ab alsbald die neue Zeit anzeigen. Zuverlässige Angaben über die letztere zu erhalten, wird nirgends auf Schwierigkeiten stoßen, da bei allen Eisenbahnstationen und Telegraphenanstalten die Abweichung der neuen Zeit von der Ortszeit bekannt ist. Von dem Reichskanzler ist den Bundesregierungen die Anregung gegeben worden, in diesem Sinne die Behörden anzuweisen. So ist zu erwarten, daß der Uebergang zur neuen Zeit rasch, in weiten Kreisen der Bevölkerung sogar ohne jede bemerkbare Einwirkung vor sich gehen wird. —

Wofür kein Geld zu haben ist. Herr von Lepich, der „Minister für Sozialpolitik“, hat eine Verfügung erlassen, welche für die Sparbarkeit der preussischen Staatsregierung ein glänzendes Zeugnis ablegt. Daraus werden die staatlichen Zuschüsse für Fortbildungsschulen durchschnittlich in jedem Regierungsbezirk um zehn Prozent gekürzt, da der zur Gewährung von Staatszuschüssen zur Unterhaltung von Fortbildungsschulen bestimmte Fonds der Handels- und Gewerbeverwaltung im Staatshaushalts-Etat für 1893/94 nicht erhöht werden wird, die in früheren Jahren bei den übertragbaren Fonds gemachten Ersparnisse aber jetzt aufgebraucht sind. Die Herr v. Lepich unterstellten Behörden werden nun aufgefordert, sich darüber zu äußern, was sie für das Rathsamste halten, ob es zweckmäßiger ist, die Zuschüsse für diese Schulen zu vermindern, oder die unumgänglichen Abzüge bei möglichst wenigen Anstalten, und zwar bei den größten zu machen, weil im ersteren Falle zu befürchten ist, daß dadurch eine größere Zahl von Gemeinden veranlaßt werden könnte, den Unterricht an den Fortbildungsschulen ganz einzustellen, und insolge dessen sogar größere Summen, als erforderlich ist, verfügbar werden möchten. Die dritte Möglichkeit ist die, an einer Anzahl kleinerer Orte, in denen die Fortbildungsschulen bei den Gewerbetreibenden wenig Interesse gefunden haben, die Zahl der wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden weniger als sechs beträgt und der Besuch nicht obligatorisch ist, den Unterricht bis auf Weiteres ganz einstellen zu lassen. Wenn das Kriegsbeer Milliarden verschlingt, wenn der Militäretat die öffentlichen Einnahmen ausfaßt, so bleibt für Bildungszwecke, für Kulturausgaben noch nicht einmal das bishere Geld, was sonst dafür verwendet wird. Man spart nur hier, wo es sich um die Erziehung des Volkes handelt; so bleibt man im alten Geleise. —

Es giebt keinen Nothstand. Die Handelskammer zu Halberstadt bezieht in dem ersten Theile ihres Jahresberichtes das Jahr 1892 als eines der schlechtesten des verfloffenen Jahrzehnts; es war ein extraglozes und vielfach verlustbringendes Jahr, das auf der absteigenden Linie der lehrjährligen Entwicklung deutlich den größten Tiefpunkt bezeugt. Äußere und innere Ursachen haben an diesem Ergebnis zusammengewirkt. Die Handelskammer äußert sich hierüber wie folgt: „Bei dem reichen Erntesegen, welcher in den 80er Jahren bei günstigen Preisverhältnissen Handel und Wandel belebte, mußte ein so erheblicher Minderertrag, wie ihn das Vorjahr verzeichnete, bei der anhaltenden Theuerung der wichtigsten Lebensmittel, noch fortwirkend auch die Erwerbs- und Kaufkraft des verfloffenen Jahres beeinträchtigen.“ Was sagen die Regierungsvertreter, Herr von Bötticher und seine Leute, zu dieser Kundgebung einer Unternehmerorganisation? —

Fusangel und der Zentrums„thurm“. Alles ist umsonst, die Kandidatur Fusangel wird dem ausgeprochenen Wunsch und Willen der Zentrumsfraktionen zuwider von den meuterischen Sauerländern aufrechterhalten. Wie wir einem Privatbriefe aus Arnberg entnehmen, hat man auf der vertraulichen Zusammenkunft der Zentrumsleute, die, wie bereits gemeldet, am 8. d. M. in Hagen i. W. stattfand, noch einmal, aber vergeblich, gesucht, den persönlich erschienenen Fusangel zum Rücktritt zu bewegen. Die Herren Hise, Bachem, Schädlar redeten mit Engeldzungen für Herrn Böse, Fusangel aber, den während der Besprechung einige Duzend Depeschen zum Aushalten ermunterten, gab nicht nach. Nun ist der Krieg offen erklärt worden, und die Böseaner, also das offizielle Zentrum, haben ein scharfes Flugblatt gegen Fusangel, der in Dipschede für Reichstag und Landtag kandidirt, losgelassen. Jetzt erntet er den Dank vom Hause — Ultramontanismus. Ueber die langjährige Wirksamkeit Fusangel's für die katholische Sache quittirt das Zentrum durch ein heftiges Schelten auf diese „politische Vergangenheit“; nachdem J. im Nürnberg'schen Zellengefängnis und in preussischen Gefängnissen für das Zentrum gar lange getrimmt, stellt ihn dieses jetzt als einen — Gegner des Zentrums hin. Und nachdem gerade die Parteilithung des Zentrums direkt oder mittelbar den schimpflichen Vergleich Fusangel's mit Baare herbeigeführt, benutzt sie diese allerdings klägliche Unterwürfigkeit zu einer Kritik „des wirklich kläglichen Ausganges“ jener Streitsache. Ob freilich diese schäbige Kampfesweise bei der Masse der katholischen Wähler verfangen wird? Diese steht hinter Fusangel, während der Oberrentmeister a. d. Böse in Münster das Odium eines Parteiregierungskandidaten zu tragen hat. — Ein-sichtigeren Zentrumsleuten wird überhaupt vor dem drohenden Zerfall der nicht mehr durch den Kulturkampf-Zwang zusammengehaltenen Parteilithungen angst und

bange. In der „Königlichen Volks-Zeitung“ liest man: „In nächster Zeit wird auch in der Rhein-provinz eine Ersatzwahl stattfinden haben: in Sieg-Mülheim-Wipperfürth für den Landtag, in Mülheim-Wipperfürth-Summersbach für den Reichstag. Anscheinend ist auch da nicht alles in Ordnung. Wir schließen das aus dem Umstande, daß bereits mehrere Kandidaten in den Blättern genannt werden. Wir lehnen es ab, irgend welche Kandidatur zu erwähnen, ehe und bevor nicht das Wahlkomitee der in Betracht kommenden Wahlkreise — wohlverstanden das aus allen drei Kreisen gebildete Wahlkomitee — über die Kandidatenfrage Beschluß gefaßt hat.“ Aber nicht ein „Schaden der Wahlorganisation“ ist die Grundursache der Spaltungen. Vielmehr sind jene Vorgänge der naturwüchsige Ausdruck der Unzufriedenheit des katholischen Volkes mit der junkerlich-reaktionären Zentrums-wirtschaft. Die vollstümlichen Elemente, Arbeiter, Kleinbauern u. s. w. lösen sich allmählig los von dem Ultramontanismus, der die große Masse mit indirekten Steuern belastet, die Vorrechte der Besitzenden stützt und vermehrt, die Aufklärung bekämpft und bei Post- und Soldatenmißhandlungsbekämpfen den freiwilligen Regierungskommissär spielt. Und der „feste Thurm“ schwankt, in seinen Grundvesten erschüttert. —

Das angeklagte Druckereipersonal. Am 10. März ist vor der Strafkammer zu Essen der Prozeß gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ verhandelt worden, bei dem nicht bloß der Redakteur, sondern auch Verleger, Drucker, Faktor, Seher und Maschinenmeister angeklagt waren. Der Staatsanwalt begründete seinen erstaunlichen Strafantrag, wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, damit, die Druckerei des Bergarbeiter-Verbandes erzeuge nur Druckschriften strafbaren Inhalts (!), in solchem Falle mußten auch die Seher prüfen, ob das ihnen übergebene Manuskript einen strafbaren Inhalt habe oder nicht. Nach dem Pressgesetze sei eine solche Bestrafung ja nicht ausgeschlossen. Die Verteidiger Dr. Wallach und Kohn wandten sich besonders gegen diese Rechtsauffassung. Wohin gelange man, wenn der Gerichtshof solchen Anträgen Folge gebe? Der Seher sei garnicht in der Lage, zu prüfen, ob ein Manuskript, das ihm übergeben sei, einen strafbaren Inhalt habe oder nicht. Der Seher arbeite rein mechanisch, wie der Kauslist bei den Gerichten, nur habe dieser mehr Zeit zum Ueberlegen, als der Seher. Bei Bemessung der Strafe gegen die übrigen Angeklagten führten die Herren Verteidiger besonders aus, es handle sich bei diesen doch um keine eheleose Handlung, ihre Motive seien ethischer Natur gewesen, sie seien für eine Sache eingetreten, die sie für gut gehalten hätten. Herr Dr. Wallach bezweifelte überhaupt die Richtigkeit der seihigen Auffassung der Bedeutung des § 110. Die große Volksmenge sei anderer Ansicht, ebenso hervorragende Juristen. Die Anträge der Staatsanwaltschaft lauteten gegen Werkelmann, den Verleger, der nur den Namen hergiebt, sich sonst aber nicht um die Druckerei bekümmert, auf 4 Monate, gegen den Faktor Dammeier auf 3 Monate, gegen den Drucker Adams und den Schriftsetzer Capelle auf je einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof entschied in Uebereinstimmung mit dem Volksbewußtsein, daß diese Angeklagten sämtlich freizusprechen seien. Es ist gut, daß das Essener Landgericht durch diese Entscheidung endlich ein Präjudiz geschaffen hat. Als in Berlin neben dem Redakteur des „Kladderadatsch“ auch Druckerei-„Angestellte vor Gericht erschienen, verhinderte der Gang des mit Freisprechung endenden Prozesses die materielle Entscheidung der Sache. Wird aber dem Unternehmungsgeist strebsamer Staatsanwälte nicht durch Nichterspruch eine Schranke gesetzt, so erscheinen nächstens Seherlehrlinge, Falzerinnen und Botenfrauen neben dem verantwortlichen Redakteur auf der Anklagebank. Unsere engbrüstige Pressefreiheit kann dieses Zuziehen der Halsbände gerade vertragen. Befahren übrigens der öffentliche Ankläger und die Mitglieder der Ueberweisungskammer auch eine nur oberflächliche Sachkenntnis im Zeitungswesen, so wäre, das elementare Wissen von der Technik der Presse vorausgesetzt, die Erhebung solcher Anklagen ein Ding der Unmöglichkeit. —

Der Teufel eine staatliche Einrichtung. Aus Mülhausen i. Els. wird geschrieben: „Der badische Landtags-Abgeordnete Dr. Müdi sprach hier über: „Die Natur als Erzieherin der Menschheit.“ Schon seine Einleitung gefiel dem überwachenden Kommissar nicht. Als er auf den Teufelsputz einging, verlangte der Kommissar, der Vorstehende solle dem Redner das Kritische staatlicher Einrichtungen untersagen. Der Vorstehende erlaubte sich die Frage, seit wann denn der Teufel zu den staatlichen Einrichtungen gehöre? Geklärtliche Weise entstand große Heiterkeit. Nach Schluß des Vortrags stellte Genosse Dueb das Avancement des Herrn Beckebub fest, worauf der Kommissar — die Versammlung ohne Weiteres auflöste. — Nun der Diktaturparagrah und der stete Ausnahmezustand der Reichslände noch durch den Teufel verstärkt sind, wird Niemand es den Elsaß-Lothringern verübeln, wenn sie wünschen, der Ausnahmezustand möge zu der neuen „staatlichen Einrichtung“ — gehen. —

Der Militarismus in Oesterreich. Das österreichische Kriegsministerium bereitet einen Gesetzentwurf vor, nach welchem das Landwehrgesetz vom Jahre 1883 dahin abgeändert wird, daß die unmittelbar der Landwehr eingereichten Rekruten, anstatt wie bisher ein Jahr, künstlich zwei Jahre unter den Waffen zu dienen haben. —

Ganz wie bei uns. Man erinnert sich noch, welche überschwänglichen Hoffnungen von gutmüthigen Sozialpolitikern an Herrn Steinbach geknüpft wurden, als er ins österreichische Ministerium berufen wurde. Auf der anderen Seite zitterten damals ängstliche Großkapitalisten, welche fürchteten, daß der Mann, der in seinen jüngeren Jahren so hübsch von den „Pflichten des Besitzes“ zu reden wußte, nun er zur Macht gelangt, den Besitz an seine Pflichten werde erinnern wollen. Eine ganze Reihe von Gelegenheiten hat schon gezeigt, daß auch Herr Dr. Steinbach seine sozialpolitischen Neuerzengungen im Vorzimmer des Ministerkabinetts bei seinem Regenschirm hat stehen lassen und daß auch der Vertreter des bürokratischen „Sozialismus“ in Oesterreich als Finanzminister mit Wasser locht. Unser Leser erinnere sich, daß jüngst im preussischen Landtage die Herren Minister den Grundsat

verfochten, es sei Aufgabe der Regierung, in den fiskalischen „Musterbetrieben“ die Löhne auf dem gleichen Niveau wie die Privatbetriebe zu halten, damit die Kapitalisten nicht durch den Hinweis auf höhere Löhne im fiskalischen Betrieb in die Enge getrieben werden könnten. Im österreichischen Parlament hat fast zur selben Zeit — es war am 28. Februar — Herr Steinbach die gleiche Weisheit verzapft. Als über die niedrigen Löhne der Arbeiterinnen in den staatlichen Tabakfabriken von einem Abgeordneten interpelliert wurde, erklärte Steinbach, „dass sich die Löhne im ganzen auf der Höhe halten, auf welche sich die Arbeitslöhne im Privatverkehre überhaupt stellen, das ist begreiflich. Der Staat, meine Herren, kann in diese Verhältnisse nicht gewaltsam eingreifen, und würde man in dieser Hinsicht Grundsätze feststellen, die von den für die Privatindustrie überhaupt geltenden allzuweit sich entfernen würden, so würde das Konsequenzen für die Privatindustrie haben, die wenig wünschenswert wären.“ Also Herr Dr. Steinbach erklärt offen, dass der Staat in bezug auf den Arbeitslohn nicht „gewaltsam eingreifen“ könne, das heißt die Arbeitslöhne nicht erhöhen dürfe, und zwar weil er dadurch die Interessen der Privatindustrie schädigen würde. Endlich haben wir ein Recht des Bürgers, welches gegen gewaltsame Eingriffe von Seite des Staates sichergestellt wird: das Recht der Großindustriellen auf Hungerlöhne bei der Frauennarbeit. In der österreichischen Tabakindustrie sind neben 3256 männlichen 29 786 weibliche Arbeiter beschäftigt. Die Arbeit in den Tabakfabriken gehört zu den gesundheitschädlichsten, und zwar insbesondere für Frauen; der Kriegsminister müßte da einschreiten, denn die Fehlgeburt ist die Berufskrankheit der Tabakarbeiterin, natürlich neben der Schwindsucht. Und die Löhne dieser Arbeiterinnen sind vierzig bis sechzig Kreuzer täglich! Aber der Sozialreformer Steinbach darf an diesen Hungerlöhnen nicht rütteln. Ein unüberwindliches Hindernis stellt sich seinem Reformeifer in den Weg, und dieses Hindernis heißt — die Pflichten des Besitzes“. Insofern nämlich der Staat, resp. sein Finanzminister, Fabrikbesitzer ist, hat er auch Pflichten als Fabrikbesitzer, und die Pflichten des Fabrikbesitzers sind Tiefhaltung der Löhne; ein unverbrüchliches Gebot der Nächstenliebe gegenüber den Kollegen, den übrigen industriellen Ausbeutern, verbietet ihm, an die Hungerlöhne zu rühren. Diese Sozialpolitik der Staatsbetriebe ist so international, wie die kapitalistische Wirtschaft überhaupt, in Preußen so gut wie in Oesterreich. —

Märzfeier in Wien. Das Gedächtnis der am 18. März 1848 in Wien gefallenen Kämpfer des Volkes ehrten am Sonnabend die Arbeitermassen der Donaustadt, indem sie auf das Denkmal, das den Märzgefallenen errichtet ist, Kränze niederlegten und Hochrufe auf die internationale Sozialdemokratie ausbrachten. Selbst der offiziöse Telegraph schätzt die Zahl der Teilnehmer an der Feier auf 8000. —

Schweiz. Der Proporz hat sich im Kanton Tessin glänzend bewährt. Bei den Regierungsraths-Wahlen erhielten die Liberalen 8 und die nur um wenig schwächeren Konservativen, wie recht und billig, 2 Sitze. Bei den Großraths-Wahlen fielen den Liberalen 52 und den Konservativen 44 Mandate zu. Bestünde noch der brutale Majorz, so hätten die Liberalen wahrscheinlich, wie früher die Konservativen, den Bienenantheil für sich genommen und die alte Parteiwirtschaft hätte fortgebauert. Jetzt sind die beiden Parteien gezwungen, auf einander Rücksicht zu nehmen und mehr als bisher des Landes Wohl im Auge zu behalten. — In Lausanne (Kanton Waadt) fand am 7. d. M. der zweite Wahlgang für die Großraths-Wahlen statt. Gewählt wurden von den Kandidaten der Arbeiterpartei Schuhmacher Kaufmann, Präsident der Arbeiterunion, der auch auf der radikalen Liste stand, mit 3684, und der bisherige Vertreter, Redakteur Fauguez, der bei der jüngst stattgehabten Nationalraths-Wahl eine starke Minderheit erzielt hatte, mit 2867 Stimmen. Im weiteren folgten die gemeinsamen Kandidaten der Radikalen und Konservativen mit 8119—3368 Stimmen. Die übrigen Kandidaten der Arbeiterpartei unterlagen mit 2074—2535 Stimmen. Der Große Rath von Waadt zählt jetzt im ganzen Kanton 141 Radikale, 65 Konservative und 3 Sozialisten. —

Der schwedische Volks-Reichstag. Aus Stockholm meldet unterm 12. d. M. das Depeschembureau Herold: Die hiesigen Sozialdemokraten beabsichtigen, dem morgen hier zusammentretenden Volks-Reichstag ein sozialdemokratisches Gepräge zu geben. Ein Bewillkommungs-fest der 130 Mitglieder des Volks-Reichstags soll im See-theater stattfinden, am Mittwoch sind sie zu den Diskussionsoberparlamenten und zum 19. d. M. zu den Festlichkeiten der Sozialdemokraten zur Erinnerung an die Pariser Kommune eingeladen. Nur bezüglich der Forderung des allgemeinen Stimmrechts zur zweiten Kammer sind alle Parteien des Volks-Reichstages einig. —

Parlamentarische Obstruktion neben demagogischer Agitation — das ist die Taktik der englischen Konservativen gegenüber der Homerule-Bill. Der Entschluß Gladstone's, die zweite Lesung, die ursprünglich auf den heutigen Tag festgesetzt war, bis zum nächsten Donnerstag hinauszuschieben, hat den Konservativen Muth gemacht, und sie verlangen nun die weitere Hinausschiebung des Termins, und haben beschlossen alles aufzubieten, um zu verhindern, daß eine Abstimmung vor den Osterferien stattfinden kann. Die Osterferien sollen dann zu „Brandreden“ und zur „Aufscherei“ benutzt werden. —

Die englischen Arbeiter sind jetzt vollständig Herren der Situation, wie wir es von Anfang an als Folge des letzten Wahlkampfes voraussagten. Selbst und direkt zur Herrschaft gelangen können sie noch nicht — dazu fehlen die nötigen Vorbedingungen; aber keine der beiden großen Parteien, die in der Regierung Englands mit einander abzuwecheln, kann sich in der Regierung behaupten ohne die Unterstützung der Arbeiter, die den Preis bestimmen können. Der alte Gladstone hat durch Zurückweisung der Achtstundenvorstellung die Gelegenheit verpasst, die Unterstützung der Arbeiter versichert. Die Tories wollen sich das nun zu nütze machen. Sir Randolph Churchill, der talentvollste Führer der Tories, der „junge Disraeli“, hat sich bereits seit Jahren für die Achtstundenvorstellung erklärt, und er drängt jetzt seine Partei zu einem radikalen sozial-

politischen Programm. „Wir können ihnen mehr bieten, als die Liberalen!“ rief er neulich aus. Und vielleicht hat er recht. Jedenfalls haben die Arbeiter den Vortheil von diesem Wettbuhlen um ihre Gunst. —

Der Panama-Skandal hat in Frankreich ein neues Opfer gefordert: nicht Clemenceau, nicht Floquet, nicht Rauc, nicht Freycinet — sie sind der Justiz vorläufig entschlüsselt — aber den Justizminister Bourgeois — ein ominöser Name! — der sie entchlüsseln ließ, und weil er sie entchlüsseln ließ.

So ist's recht. Die Remesse waltet ihres Amtes. Und die Schuldigen kommen doch vielleicht zur verdienten Strafe. —

Die Vorkonferenz zum internationalen sozialistischen Kongress, die am 26. d. M. in Brüssel statt haben wird, hat zum Zweck, „die geschäftliche Einrichtung, den Tag, die Tages- und Geschäftsordnung des Kongresses zu berathen“ und damit „dem Kongress Zeit zu ersparen und seine Geschäfte zu erleichtern“. Auch vor dem Pariser Kongress fand eine Vorkonferenz statt; und obgleich der Brüsseler Kongress praktischer organisiert war als der Pariser, so wurde es allen, die mit der geschäftlichen Einrichtung und Leitung zu thun hatten, doch klar, daß sehr eingehende Vorbereitungen und Vorbereitungen nöthig sein würden, damit der Züricher Kongress alle die außerordentlichen Schwierigkeiten (wir wollen nur auf die aus der Sprachverschiedenheit erwachsenden hinweisen) überwinden könne, die ein internationaler Kongress seiner Natur nach zu überwinden hat.

Dies ist so einleuchtend, daß wir wirklich überrascht waren, als wir in der letzten Nummer der „Justice“ von London, die seit einiger Zeit sich korrekt gehalten hat, einen heftigen Angriff auf die Vorkonferenz fanden, die als „böserer Unfug“ (mischief) oder „Zeitverschwendung“ (waste) hingestellt wird. Eine Erklärung des an sich ganz unverständlichen Angriffs wird vielleicht dadurch geboten, daß die „Justice“ mit der Wahl der beiden Schweizer Delegierten nicht zufrieden ist, und es lieber gesehen hätte, wenn Robert Seidel ernannt worden wäre. Für Robert Seidel, der jetzt in allerhand recht unerquickliche Streitigkeiten verwickelt ist, dürfte die etwas unvorsichtige Kellame der „Justice“ nicht sonderlich angenehm sein. Der „Justice“ aber können wir versichern, daß Grenlich so gut englisch spricht, wie Seidel, und Conzett, der zweite der Schweizer Delegierten, so gut wie Herr Spindman selbst. Und betreffs der Konferenz kann Herr Spindman ganz beruhigt sein. Sie denkt nicht daran, dem Kongress irgend wie prinzipiell vorgreifen oder Schranken ziehen zu wollen. Sie wird weder Intriguen machen, noch Intriguen dulden. —

Parteinachrichten.

Zur diesjährigen Märzfeier ist von der Nürnberger Firma Balmerger behufs Bestellung auf ein von ihr herausgegebenes Festzeichen an verschiedene Vertrauensleute der Partei z. B. ein Zirkular verschickt worden, das in verschiedenen Wendungen den Eindruck hervorrufen kann, als ob der Parteivorstand in irgend einer Weise, sei es durch Adressenmittheilung, sei es durch event. Theilnahme an der Abrechnung, an der Herstellung oder am Absatz dieses Zeichens beteiligt sei. Wir können demgegenüber nur erklären, daß der Parteivorstand mit dem ganzen Projekte nicht das Mindeste zu thun hat, von demselben erst durch das Zirkular Kenntniß erhielt und die jegliche Benutzung der der Firma voriges Jahr behufs Verwendung der damals bei uns bestellten Festzeichen übermittelten Adressen ohne Zustimmung des Parteivorstandes und ohne jede Anfrage bei demselben erfolgt ist.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Ehrenfriedersdorf (Refer. Reichstags-Abgeordneter Hofmann-Chemnitz), Lemsdorf (Refer. Lange-Wogdenburg), Hainichen (Refer. Landtags-Abgeordneter Bokel), Rökowen (Referent Gränberg-Partha), Schramberg, Troffingen und Schwenningen (Refer. Hildenbrandt-Stuttgart).

Bei der Gewerbegerichtswahl in Lichtenstein-Calkenberg wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten mit 123 Stimmen gewählt. Die Gegner erhielten nur 9 Stimmen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Agitation für unsere Kandidaten erst am Wahltage betrieben wurde. In Glauchau siegte die Sozialdemokratie in derselben Klasse mit 176 Stimmen gegen 2 gegnerische und 2 zerplitterte.

Von der Agitation. In Straßburg sprach am 26. Februar Hr. Baader aus Berlin in einer Volksversammlung, die auch von Frauen stark besucht war, über das Thema: „Die Frau und der Sozialismus.“ Die Rednerin erntete lebhaften Beifall. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Da die heutige Wirtschaftsweise den Ruin der arbeitenden Klassen in rascher Weise herbeiführt, haben Männer und Frauen das größte Interesse, sich der gewerkschaftlichen sowie der politischen Bewegung anzuschließen und sich, wenn noch nicht geschehen, zu organisiren, und da keine andere Partei als die Sozialdemokratie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt, nur für diese zu wirken.“

Die Rede Seibel's bei der Zukunftsstaats-Debatte ist und wird in so vielen Orten verbreitet, daß die Registrierung der einzelnen Agitationstouren nicht wohl angängig ist. Bemerkenswert ist daher nur, daß — soweit Berichte in der Parteipresse vorliegen — unsere Genossen von der Weidlinger fast immer freundlich aufgenommen werden, und zwar auch in Gegenden, wo das früher nicht der Fall war. So wird der Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg. über die Agitationstour der Wittener Genossen berichtet: „Unser Empfang war bei den Landwehrgenossen bis auf vereinzelte Ausnahmen ein guter. Bloß hier und da erglänzte ein Schulmeister oder ein fetter Bauer über unser Eindringen in ihren Machtbereich. Hier ist kein Boden für den Sozialismus!“ führen sie an. Wir erwiderten: „Ja, der Boden ist vorhanden, er muß nur bearbeitet werden!“ Daß der Boden da ist, haben wir erfahren. Manche Hüte und mancher harte Bauernschädel gaben Zeugnis dafür. Mit Freuden nahmen uns die Leute die Blätter an. Noth und Elend hatten sie verlieren lassen, nur dem Parrer und Schulzen zu glauben; sie schauten sich nicht mehr vor dem rothen Wespennetz und verbreiteten sogar selbst unsere Flugblätter.“

Sozialdemokratische Presse. Die galizischen Parteiblätter „Robotnik“ und „Sila“, denen man, weil sie angeblich ein „Wochenblatt“ vorstünden und hierfür die erforderliche Kaution nicht erlegt ist, polizeilicherseits das Lebenslicht ausblasen wollte,

leben noch. Es ist in dieser Angelegenheit Refus eingereicht worden, so daß die definitive Entscheidung noch aussteht. Die galizischen Genossen haben jedoch sofort ein neues Blatt unter dem Titel „Nowy robotnik“ herausgegeben.

In Hamburg fand am 10. März eine von seiten eines unabhängigen eiderischen Volksversammlung statt, die von mindestens 4000 Personen besucht war und den Parlamentarismus zum Thema hatte. Referent war ein Berliner „Unabhängiger“, der es u. a. als „Beweis“ für das angebliche Abschwenken der Sozialdemokratie nach rechts“ bezeichnete, daß in einigen Orten die Arbeiter sich an den Kirchenvorstandswahlen beteiligten. Um speziell das Ungerechtfertigte dieses Vorwurfs zu beleuchten, machte der Hamburger Genosse Fischer in der Diskussion über das Referat folgende Mittheilung, die für die „Frage“ der Beteiligungen unserer Genossen an Kirchenvorstandswahlen von allgemeinerem Interesse sein wird. In Bant bei Wilhelmshaven, wo die übergroße Mehrheit der Bevölkerung dem Klassenbewußten Proletariat angehört, seien einige Promme auf den Gedanken gekommen, daß der Ort auch eine Kirche haben müsse. Ein Spekulant habe ein Grundstück bereingekauft, natürlich um nachher Geschäfte zu machen. Alles sei im besten Gange gewesen, als die Sozialdemokraten sich an den Kirchenvorstandswahlen beteiligten und ihre Leute durchbrachten. Diese verweigerten das Geld für die Kirche, und noch heute müsse sich der Pastor mit der Friedhofskapelle begnügen, die auch für die Kirchengänger groß genug sei. Die Versammlung sollte dieser, wie den übrigen Heimlichkeiten der „Unabhängigen“ lebhaften Beifall und nahm mit allen gegen etwa 10 Stimmen der „Unabhängigen“ und Antisemiten eine Resolution an, in der sie ihre Entrüstung über das die Interessen des Proletariats schwer schädigende Treiben der sogenannten „Unabhängigen“ ausdrückt, sich dagegen mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion einverstanden erklärt, und von dieser erwartet, daß sie nach wie vor an der bisherigen Taktik festhält.

Die diesjährige Parteikonferenz der Landesorganisation für das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach wird am 1. Osterfesttag in Weimar in Mühlberg's Lokal abgehalten. Der Konferenz, die nachmittags 1/2 Uhr beginnt, geht um 11 Uhr vormittags eine Vorgesprechung der Delegierten voraus. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Zentrale Jena, 2. Bericht der einzelnen Orte, 3. Wahl der Zentrale, 4. Agitation, 5. Stellungnahme zu den Landtags- und Kommunalwahlen. Anträge zur Tagesordnung sind in der Vorgesprechung zu stellen.

Die anhaltischen Parteigenossen haben durch den Redakteur des in Dessau erscheinenden „Volksblattes“, Paul Schöpf, eine Petition an den Landtag richten lassen, in der dieser ersucht wird, das Vereinsgesetz wie folgt abzuändern: 1. Die löstfreie Ausstellung der Anmelde-Beizeichnung im Gesetz festzulegen; 2. Die Anmeldung der Vorstandsmitglieder, ebenso die Einreichung der Mitgliederliste und ihrer Veränderungen bei der Polizeibehörde zu befristigen; den politischen Vereinen soll ferner die Vereinigung mit einander ohne polizeiliche Anmeldung gestattet sein, ebenso soll das Verbotungsrecht der Landespolizeibehörde gegenüber solchen Vereinigungen aufgehoben werden; 3. im Gesetz soll festgesetzt werden, daß Gewerkschaften, berufliche Zentralvereine und Fachvereine nicht als politische Vereine zu betrachten sind; 4. soll den überwachen Beamten ein Recht zur Versammlung-Auflösung nur zustehen, wenn der Leiter der betreffenden Versammlung seine Pflicht vernachlässigt; 5. sollen alle Beschränkungen für Frauen und Minderjährige in der Beteiligung an politischen Versammlungen und Vereinen in Wegfall kommen, ferner soll gestattet werden, daß Nichtmitglieder in politischen Vereinen als Redner auftreten können; auch die Vorschrift, daß einige Vorstandsmitglieder Gemeindevorsteher sein müssen, soll beseitigt werden; 6. die Versammlungen unter freiem Himmel sollen den Versammlungen in geschlossenen Räumen gleichgestellt werden, so daß auch solche Versammlungen innerhalb der jeweiligen Residenz und ihres unmittelbaren Umkreises in Zukunft abgehalten werden können.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Das **Strasburger Schöffengericht** verurtheilte den Redakteur der „Thür. Tribüne“ Gustav Hülle, mit Rücksicht auf seine Vorstrafen, wegen Verleumdung des Schuhmachers Jütke zu einer Woche Gefängnis und zur Tragung von 1/10 der Prozesskosten. Da der Verklagte Gegenklage erhoben hatte, wurde Jütke wegen Verleumdung Hülle's, begangen durch eine von Jütke herausgegebene Broschüre, zu 5 M. event. einem Tag Gefängnis, sowie zur Tragung von 1/10 der Prozesskosten verurtheilt. Das Publikationsrecht wurde beiden Parteien zugesprochen.

— Der Redakteur des „Saalfelder Volksblattes“, Genosse D. Becker, hat am 11. März in Gefängnis zu Rudolstadt die dreiwöchige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Abdruck des Artikels „Voll, werde hart!“ auferlegt worden ist. —

Soziale Uebersicht.

Ueber die Arbeitsordnungen hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe in einer vom 18. v. M. datirten Verfügung erklärt, daß die Aufnahme einer Bestimmung, wonach die Arbeit Morgens zwischen 6 und 8 Uhr beginnt und Abends zwischen 7 und 9 Uhr endet, mit der Vorschrift im § 134b der Gewerbe-Ordnung nicht vereinbar ist. Wenn dort angeordnet wird, daß die Arbeitsordnungen Bestimmungen über Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, sowie der für die erwachsenen Arbeiter vorgesehene Pausen enthalten muß, so verfolge diese Vorschrift den Zweck, jeden Zweifel über einen der wesentlichen Theile des Arbeitsvertrages, die Dauer und die Lage der regelmäßigen Arbeitszeit, auszuschließen. Dieser Zweck wird aber nur erreicht, wenn zur Beginn und Ende der Arbeitszeit bestimmte Zeitpunkte festgesetzt werden. Wenn Dauer und Lage der Arbeitszeit nach den Jahreszeiten zu wechseln pflegen, so hindert nichts, daß die Zeitpunkte für Beginn und Ende der Arbeitszeit nach den Jahreszeiten verschieden angegeben werden. Auch bleibt es dem Arbeitgeber unbenommen, in der Arbeitsordnung Bestimmungen darüber zu treffen, unter welchen Voraussetzungen ausnahmsweise Abweichungen von der regelmäßigen Dauer und Lage der Arbeitszeit stattfinden können.

Die weiterhin aufgeworfene Frage, ob eine Bestimmung, wonach Zusätze kommen mit einer Geldstrafe bis zu 75 Pf. oder bis zur Hälfte des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes bestraft wird, trotz der Unbestimmtheit der Strafandrohung mit der Vorschrift im § 134b vereinbar sei, bejahet der Minister. Denn nach der Absicht des Gesetzes erscheine es genügend, daß in der Arbeitsordnung nur der Höchstbetrag der Strafe festgesetzt, die Bemessung der letzteren im Einzelfalle aber dem Arbeitgeber überlassen wird.

Vom „christlichen“ Staat Preußen. Gegen 60 Bergleute, meist Familienväter, sind in vergangener Woche allein aus dem Orte Giersberg nach Amerika ausgewandert, weil sie auf den fiskalischen Gruben des Saar-Reviers keine Arbeit mehr bekamen. Weiter meldet die „Frankf. Ztg.“: Ein Theil der im Saar-Revier für immer Abgewanderten, die beim jüngsten Ausstand besonders agitatorisch aufgetreten sind, sollen nunmehr gewisser „Wohltathen“ verlustig gehen, die ihnen früher zu theil wurden. Man hört, daß die Weidner von diesen Leuten die ihnen gezahlten Hausbauprämien zurückgefordert und die gezwungen unverzinslichen Bauvorschüsse bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung gekündigt hat, wödingegen die Betroffenen die Entscheidung des Gerichts angerufen haben sollen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 14. März. Opernhaus. Die Rankau. Schauspielhaus. Basantana. Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage. Berliner Theater. Die Journalisten. Festung-Theater. Heimath. Walker-Theater. Die Großstadtluft. Kroll's Theater. Die lustigen Weiber von Windsor. Residenz-Theater. Die beiden Champignol. Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Neues Theater. Lesca. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Fledermaus. Adolph Ernst-Theater. Berlin wie es weint und lacht. Thomas-Theater. Ihr Korporal. National-Theater. Der Trompeter von Säckingen. Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionseuse. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Benefit für Edmund Schmasow:
Berlin, wie es weint und lacht.
Vollständiges mit Gesang in 3 Akten von F. Berg u. D. Kalisch. Musik von A. Konrad. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Klemm, Ede., Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
Große Ausstellung lebendiger Wachfiguren u. Gruppen.
Neue Illusion: Lotoblume.
Andere Illusionen.
Fantoché-Theater.
Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Tom. Belling, Original-August.
Truppe Hugaston, Akrobaten.
Kolling Müller, Wasserkünstler.
The Matinos, Gyrotricks.
Geschw. Taclana, Duettstinnen.
Heinr. Bonder, Humorist.
Martha Ventura, Kostümbretten.
sowie sammtl. engag. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Feen-Palast
Jeden Tag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Bassepartouts u. Bons haben Gültigkeit.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Dienstag, d. 14. März, Abends 7 1/4 Uhr:
Auf allseitiges Verlangen:
9. Wiederholung der Gala-Festvorstellung vom 27. Januar.
Großer Festreigen.
1. Reigen der Ritter und Edelmannen;
2. Militärisches Divertissement (Bogensport). Zum Schluss:
Ein Künstlerfest.
Große Ausstattungs-Pantomime.
Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- und Lichteffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenchor. Grosses Brillant-Panorama.
Außerdem: Mr. James Phillis mit dem Schulpferde Gorminal. Grande Quadrille de la haute equestation etc.
Morgen, Mittwoch, Abends 7 1/4 Uhr:
Ein Künstlerfest.
Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentant“, Karlstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Koppel-Sänger
sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson**.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 8 Kegeltischen.
F. Sadtke.

Etablissement Buggenhagen.

Nord-Platz. Nord-Platz.
Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Anschank von **Vahenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.
An **Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochen. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Sanitäts-Verein für Arbeiter beiderlei Geschlechts (G. S. 85).

General-Versammlung
am Sonntag, d. 19. März, Nachm. 4 Uhr, Alte Jakobstr. 75.
T. D.: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassiers. 3. Revisionsbericht. 4. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses. 261/2*
Mitgliedsbuch oder Karte legitimirt. Der Vorstand. J. A.: P. Hund.

Große Versammlung des Sozialdemokrat. Agitations-Vereins für die Kreise Wittenberg, Schweinitz, Cörgan und Liebenwerda

am Mittwoch, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Lehmann, Neue Grünstraße 14.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Der 18. März“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Mitglieder, welche noch im Rückstand mit ihren Beiträgen sind, werden ersucht, dieselben zu entrichten. Gäste willkommen. 888/5

Orts-Krankenkasse der Cigarrenmacher etc.

Donnerstag, den 23. März, Abends 8 Uhr, Restaurant Gollmann, Gipsstr. 11:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Jahresrechnung, Kassenbericht und Ertheilung der Decharge für den Rendanten. Anhang zum Statut, betreffend Strafbestimmungen, Krankenkontrolle u. s. w. Geschäftliche Mittheilungen, Anträge.
1795b **Der Vorstand.**

Roh-Tabak A. Goldschmidt, 3806L*

am biesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.
Der beste Manufaktur ist ein gut konstruirter und veredelter Drahtkorb, besonders für Ziehbunde, und empfiehlt dieselben R. Herda, Wallstraße 23. 1802b

1000 Regenmäntel

à 3,50 Mark, 500 Badisch-Jaquets à 2,50 Mark im Damen-Mantel-Lager S. E. Leysner & Co., Leipzigerstr. 91, 1 Tr.

Ottlie Post, geb. Schulze Otto Gerndt

1800b Verlobte.
Unserem Freunde und Genossen Jakob Karbe zu seinem heutigen Wiegensfeste ein donnerndes Hoch! Der duftliche Jubiler Ledemann und Kompagnie. 1780b
Unserem Schankwirth Frig Bänge zum heutigen Wiegensfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Schankwirthschaft in allen Fugen kracht. 1784b Die Ludat'sche Werkstatt. Frig, läßt Du heute gießen? Wir haben mächtigen Durst.

Allen Freunden u. Bekannten die traurige Mittheilung, daß unser lieber Sohn, der Drechsler Frig Lanfor im Alter von 21 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. März, Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Ritterstraße 104, aus statt. 1807b Die trauernden Eltern.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Restaurateur Friedrich Bübel, Forsterstr. 19, nach schwerem Leiden am 12. März im Alter von 57 Jahren sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus Bethanien, Bethanien-Ufer, aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 12. d. Mts. verstarb nach kurzem Krankenlager unser Vereinskamerad Friedrich Bülow im Alter von 74 Jahren. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Königl. Charitee aus nach dem Neuen Gliedebethkirchhof statt. [17986] **Der Vorstand.**
Hiermit erkläre ich Frau Heidemann, Gerichtsstr. 81, als ehrenhafte Frau. A. Kreisemann, Pasewalderstr. 4.

Außerordentliche General-Versammlung der Orts-Krankenkasse der Gutmacher, Hutfournituren- und Filzwaren-Verfertiger zu Berlin.

am Sonntag, den 26. März 1893, Vormittags 10 Uhr, im Brauerei-Ausshank Bölow, Prenzlauer Allee 242-247.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.
Tagesordnung:
Ergänzungswahl von 10 Delegirten der Arbeitnehmer. 1791b
Der Vorstand, gez. G. Rieck, Anhaltstraße 14.

Ordentliche Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Gutmacher, Hutfournituren- und Filzwaren-Verfertiger zu Berlin.

am Sonntag den 26. März 1893, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Brauerei-Ausshank Bölow, Prenzlauer Allee 242-247.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Postkarte oder des Mandats als Delegirter gestattet.
Tagesordnung:
1. Jahres- u. Kassenbericht. 2. Bericht der Kassenrevisoren pro 1892 und Antrag auf Ertheilung der Decharge. 3. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand gez. G. Rieck, Anhaltstraße 14.

Deutscher Tischler-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Versammlung mit Frauen
am Dienstag, den 14. März 1893, Abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen, am Moritzplatz.
Vortrag des Herrn Hermann Stäve über: **Hamburg und die Cholera**, ein Beitrag zur Geschichte des menschlichen Gendts, illustriert durch 40 Lichtbilder. Diskussion. Die Ortsverwaltung. [817/8]

Öffentliche Sattler-Versammlung

am Mittwoch, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Krieger, Wasserhorstraße Nr. 68.
Tagesordnung: Die bevorstehende Militärarbeit. Das Erscheinen sämmtlicher Kollegen ist unbedingt erforderlich.
Der Einberufer.

Bier öffentliche Versammlungen für Frauen und Männer.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Herm. Stäve aus Hamburg über: **Die Cholera in Hamburg**, ein Beitrag zur Geschichte des menschlichen Gendts, illustriert durch 40 Lichtbilder. (Vergleiche Reden der Abgeordneten Frohme und Wegner in der Reichstags-Sitzung am 22. Februar d. J.)
1. Für Rosenthaler und Hamburger Vorstadt: in Hensel's Posthällen, Invalidentstraße 1, Mittwoch, den 15. März, Abends 8 Uhr.
2. Für Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt: in Schneider's Genossenschaftshaus, Belfortstr. 15, Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr.
3. Für Moabit: in Ahrens' Brauerei (großer Saal), Thurmstr. 26, Freitag, den 17. März, Abends 8 Uhr.
4. Für Gesundbrunnen und Wedding: in Pape's Salon, Badstr. 58, Sonntag, den 19. März, Abends 6 Uhr. 1800b
Entree 10 Pf. In anbetragt des interessanten Themas ersucht um zahlreichen Besuch
Der Einberufer: W. Gassmann.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. Gauverein Berlin.

Versammlung
Dienstag, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr, Annenstraße 16.
Tagesordnung: 1. Wahl eines Schriftführers zum Zentralvorstand. 2. Berichterstattung über die Lohnbewegung auf Platz Plöger. 3. Bibliotheks-Abend. Vorlesung aus Frau's Schriften über „Kunst und Politik“. — Die Vertrauensleute der Steinbildhauer sind behufs einer Besprechung eingeladen. 117/6
Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung sämmtlicher Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Maler Berlins, sowie deren Arbeitgeber

am Mittwoch, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.
Tagesordnung:
1. Die freie Wergewahl. Referent: Herr Dr. Mugdan. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 1801b
Legitimation ist nicht erforderlich. Um recht zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen und Hilfsarbeiterinnen Berlins.

Donnerstag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr:
Grosse öffentl. Versammlung
im Lokale des Herrn Philipp, Rosenthalerstraße Nr. 38.
Tagesordnung:
1. Die französische Revolution. Referent: Genosse Fr. Inbeil. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Treib der Präger bei Heilriegel. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung bittet um zahlreichen Besuch
Der Einberufer. 208/11

Arbeiter-Gängerbund Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 18. März cr., im Saale der Brauerei Friedrichshain:
Lieder-Abend.
Anfang Abends präzis 9 Uhr. Zum Eintritt legitimirt nur Bundesmitgliedskarte. — Am 15. März (Mittwoch), Abends 8 1/2 Uhr, findet ebendasselbe eine Probe des von allen Vereinen durch je ein Mitglied zusammengesetzten Chores statt. Die Eintheilung ist dieselbe wie beim Parteikommerse. Nicht der Vereine ist es, pünktlich vertreten zu sein.
Der Vorstand. [105/11]

Action - Brauerei - Gesellschaft

Berlin NW. Stromtrasse 11/16 **„MOABIT“** Fernsprech-Amt Moabit 127.
Mit dem Versand in Flaschen und Gebinden frei Haus bezw. frei Bahnhof Berlin unseres rühmlichst bekannten diesjährigen **Moabiter Kloster-Bockbieres** haben wir begonnen und liefern:
20 gr. Flaschen für Mk. 3,—
1/10 Tonne „ „ 3,60
Bockbier.
Unsere sonstigen aus den feinsten Materialien rein eingebrauten Biere empfehlen wir zu den folgenden Preisen:
30 gr. Flaschen helles u. dunkles Lagerbier }
24 „ „ Berliner Löwenbräu } für je 3 Mk.
30 kl. „ „ nach Münchener Art }

Zum zehnjährigen Todestage (14. März 1883) von Karl Marx.

Karl Marx' Todtenfeier im Cooper-Hause zu New-York (den 19. März 1883.)

Im Arbeitskittel viele Tausend
Sie sitzen, stehen zumal,
Und ihr Gemurmel füllet brausend
Den Riesensaal.

In all den Sprachen, in den Zungen
Der Weltnationen dort
Dem todtten Kämpfer ist erklingen
Ein Abschiedswort.

Der Britte sprach: „Geliebt in Hütten,
Gefürchtet im Palast,
Hat er gelebt, gewirkt, gestritten
Ohn' Hast und Rast.

„Sein Name, wo Maschinen schwirren,
Bei uns in Stadt und Land
Die Fenster der Fabrik erklingen,
Wird heut genannt.“

Der Russe: „Wo Despoten thronen
Bei uns durch Graus und Nacht,
In ihrer Kette zerr'n Millionen,
Wird sein gedacht.“

Der Franke: „Wie ein Weltbesieger
Von Völkerhaß und Krieg
Focht er, und diese Todtenfeier
Bürgt uns den Sieg.“

Der Deutsche*) sprach: „In Liebe wollen
Wir vor den Andern heut
Dem Denker wie dem Kämpfer zollen
Ein Grabgeläut.

„Denn wie einst neu die Himmelskunde
Kopernicus erschuf,
Dem Wissen scholl aus seinem Munde
Ein Werderuf.“

„Dem Wissen von des Volkes Leiden
Und von der Arbeit Qual,
Der Höhe schon liegt im Verschleiden,
Das Kapital!“

„Er hat für unsern Kampf auf Erden
Ein scharfes Schwert verlieh'n,
Daß eine neue Welt soll werden,
Drum ehret ihn!“

„Noch gab uns ein Geschenk kein Spender
Dem Donnerworte gleich:
Ihr Proletarier aller Länder
Vereinigt Euch!“

Seopold Jacoby.

*) Der Verfasser dieses Gedichtes war bei der erhebenden Todtenfeier im Cooper-Hause zu New-York anwesend. — Der gewaltige Eindruck dieser internationalen Feier und ihre Bedeutung für die Erkenntnis der sozialen Idee wird hervorgehoben von dem Professor der Sozialökonomie an der Universität Strassburg Sartorius von Waltershausen in seinem Werk: „Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika“. Dort werden auch Auszüge aus den gehaltenen Reden gegeben. —
**) Adolff Douai † 1888.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

65. Sitzung vom 13. März 1893. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Büttcher, von Malchahn, von Stephan, Schulz, Graf Lerchenfeld.

Zur zweiten Berathung steht die Novelle zum Gesetz, betreffend Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern.

Die Budgetkommission beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage.

Nach § 1 derselben soll die Anschließlinie im Mittelmeer und die dafür ausgelegte Beihilfe von 4000 000 M. wegfallen, dagegen für das Anlaufen von Neapel eine Beihilfe von 100 000 M. gewährt werden.

§ 1 wird ohne wesentliche Debatte genehmigt. Nach § 2 soll für überseeische Anschließlinien eine Fahrgehindigkeit von weniger als 11 1/2 Knoten ausnahmsweise gestattet werden können.

Dazu liegt eine Resolution des Abg. Dr. Barth vor: Den Reichskanzler aufzufordern, mit der Gesellschaft des Norddeutschen Lloyd in Unterhandlung zu treten behufs Wegfalls des Dienstes der Zweiglinie von Australien nach Samoa unter Reduktion der dafür bewilligten Subvention mit Berücksichtigung der dabei in Betracht kommenden finanziellen Gesichtspunkte.

Diese Resolution ist schon in der Kommission beantragt gewesen, von derselben aber abgelehnt worden.

Nach unerheblichen Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Barth und Herrn von Stephan wird § 2 angenommen, die Resolution Barth gegen die Stimmen der Freisinnigen, Volksparteiler, Sozialdemokraten und der Abgg. Thomsen und Wisser abgelehnt.

Darauf wird die Etatsberathung fortgesetzt. Zur Debatte steht zunächst der Etat des Reichseisenbahnen.

Abg. Schrader (Hr.): Wir haben zur Zeit mit Anträgen auf Erlaß eines Reichseisenbahngesetzes keine Aussicht auf Erfolg. Wenigstens muß aber eine Ausdehnung

der Reichsgefehrgebung verlangt werden in einer Richtung, wie sie 1879/80 schon einmal angebahnt worden ist, nämlich bezüglich des Pfandrechts an den Eisenbahnen und der Zwangsvollstreckung in dieselben. Man hat wohl weitere Schritte wegen der inzwischen stattgehabten Verstaatlichung nicht mehr für nöthig gehalten. Doch existiren zur Zeit noch eine erhebliche Anzahl von Kilometern Privat-Eisenbahnen, und neuerdings ist in Preußen durch das Kleinbahngesetz eine weitere Vermehrung der Privat-Bahnbauten angebahnt worden. In nicht ferner Zeit wird also wieder ein größeres Privat-Eisenbahneisen in Deutschland vorhanden sein, und es muß rechtzeitig von Reichs wegen für die Ordnung der Rechtsverhältnisse desselben gesorgt werden. Es kommt darauf an, den Prioritäts-Obligationen ein Pfandrecht beizulegen, welches ihnen jetzt nicht inne wohnt. Ein Pfandrecht an dem Grundbesitz an Eisenbahnen ist zur Zeit nur möglich durch hypothekarische Eintragung. Selbst bei Klein-Eisenbahnen würde es schwer sein, ein Pfandrecht am ganzen Besitz der Bahnen zu konstruieren. Mit diesem Pfandrecht würde auch nicht viel gewonnen sein, denn eine Bahn ist nur als Ganzes und im Betriebe etwas werth. Hat man die Absicht, den Klein-Eisenbahnbau zu fördern, so muß also eine anderweitige Regelung und zwar von Reichs wegen erfolgen.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Dr. Schulz: Die Ordnung der vom Vorredner angeregten Pfandrechtsverhältnisse ist durch das preussische Kleinbahngesetz wieder dringender geworden. Andererseits aber sind auch die Vorarbeiten für das deutsche bürgerliche Gesetzbuch inzwischen sehr gefördert worden, und es wäre doch für ein Spezialgesetz sehr vorthelhaft, wenn die allgemeinen Grundzüge über das Pfandrecht schon feststünden. Uebrigens wird in Preußen an der Regelung dieser aus dem neuen Gesetze sich ergebenden Verhältnisse in den Ministerien gearbeitet.

Abg. Hammacher (ntl.) erklärt, die Anregungen des Abg. Schrader auf das wärmste unterstützen zu müssen. In Preußen seien noch gegen 4000 Kilometer Privatbahnen vorhanden und das Kleinbahnen-Gesetz stelle eine große Vermehrung dieses Bestandes in Aussicht. Das Kleinbahnenwesen komme aber in Preußen trotz des Gesetzes nicht vorwärts, weil es ihm an Kredit mangle, da die Kapitalisten genügende Sicherheit vermischten. Hier könnte nur ein Reichsgesetz, wie es Herr Schrader gefordert habe, helfen, um den Bau von Tertiärbahnen wirklich zu fördern. Der Zeitpunkt, auf den der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts hinweise, liege doch noch sehr fern.

Der Etat des Reichs-Eisenbahnamts wird darauf unverändert bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichs-Eisenbahnen. Die Einnahmen sind auf 57 966 000 M. veranschlagt, die ordentlichen Ausgaben auf 37 220 900 M. Das Extra-Ordinarium erfordert nach dem Anschlag 13 386 810 M.

Abg. Hammacher erucht den Chef der Reichs-Eisenbahnverwaltung um Mittheilungen über die Ergebnisse des Betriebes im laufenden Jahre. Im großen und ganzen sei das finanzielle Ergebnis der Reichs-Eisenbahnverwaltung ein recht günstiges. Der Ueberschuß pro Kilometer sei im Jahre 1891/92 bei den reichsständischen Bahnen der höchste gewesen, der überhaupt in Deutschland herausgearbeitet wurde, nämlich 14 026 M., während er in Preußen nur ca. 12 000 M. betrug. Der wirkliche Ueberschuß der Jahre 1891/92 sei auch höher gewesen als der jetzt im Etat mit ca. 20 Millionen für 1893/94 ausgeworfene.

Chef der Reichseisenbahnen preussischer Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen: Der günstige Abschluß der Eisenbahnverwaltung der Reichslande für die Vergangenheit ist eine Thatsache, die nicht ohne weiteres auch für die Zukunft in demselben Maße erwartet werden kann. Es ist hier hauptsächlich daran zu erinnern, daß jetzt fast durchweg die Erneuerung der seinerzeit auf einmal beschafften Betriebsmittel vorgenommen werden muß, welche Operation die Betriebsüberschüsse erheblich beeinträchtigt. Das Resultat des laufenden Jahres muß angesichts der Störung, welche auch hier die Cholera im vorigen Sommer gebracht hat, auch als ein günstiges bezeichnet werden.

Abg. Hammacher: In Elsaß-Lothringen nimmt der Güterverkehr einen größeren Raum ein als in Preußen; die Einnahmen daraus machen dort 67, in Preußen nur 56 pCt. aus.

Die Erneuerungsfrage ist in letzter Zeit im preussischen Abgeordnetenhaus erörtert worden. Es wäre angeht die Erneuerungen in Preußen doch auch in Zukunft für das Reich viel empfehlenswerther, entweder für die Erneuerung der Betriebsmittel größere Summen zur Verfügung zu stellen, oder in jedem Jahre größere Fonds für die Erneuerung zu bewilligen, um auch in schweren Zeiten das Erneuerungsbedürfnis zu befriedigen. In dieser Weise ist man in Sachsen längst vorgegangen.

Die Einnahmen des Etats der Reichseisenbahnen werden darauf bewilligt. Bei den ordentlichen Ausgaben für die Zentralverwaltung nimmt

Abg. Lingens (Zentr.) Gelegenheit, die Verwaltung darüber zu unterrichten, daß er aus dem Kreise der hier in Betracht kommenden Beamtenkategorien immer Klagen über ungenügende Gewährung der Sonntagsruhe erhalte. Er wünscht, daß diesem so überaus wichtigen Gegenstande größere Aufmerksamkeit seitens der Verwaltung gewidmet werde. Vor allem dürfe es nicht vorkommen, daß die Sonntagsruhe den Beamten und Arbeitern gewährt werde, nachdem sie die ganze vorhergehende Nacht noch Dienst gethan hätten. Auf eine solche Nacht könne ein Ruhetag in dem Sinne des Gesetzes, der zugleich die gottesdienstlichen Bedürfnisse der Beamten und Arbeiter befriedigen solle, nicht zu stande kommen.

Chef der Reichseisenbahnen Minister Thielen: Die Regelung der Ruhetage und dienstfreien Sonntage ist im Reichslande dieselbe wie in Preußen. Die Verhältnisse sind nach beiden Richtungen hin in den letzten Jahren gebessert. Der Minister verliest aus einer im Ministerium gemachten Zusammenstellung eine Reihe von Zahlen, welche bezüglich der Bureaubeamten, des Stations-, Fahr-, Strecken-, Expeditions- und Telegraphenpersonals diese Besserung beweisen. Es wird aber nicht nur die Regel aufgestellt, sondern über ihre Beobachtung auch eine Kontrolle geführt. Wenn es trotzdem vorkommt, daß hier und da ein einzelner Beamter nicht die verbürgte Ruhezeit hat, so liegen dem plötzliche Erkrankungen anderer Beamten und Arbeiter und dergleichen unvorhergesehene Zwischenfälle zu Grunde.

Abg. Bebel (Soz.): Ich habe mich schon im vorigen Jahre lebhaft darüber beschwert, daß in den Arbeitsordnungen für die Eisenbahnverwaltungen Vorschriften enthalten sind, wonach sozialdemokratische und wegen ihrer politischen Gesinnung sonst unbenutzte Arbeiter nicht Aufnahme finden sollen, und auch Vorschriften über das Verhalten dieser Arbeiter außerhalb des Betriebes erlassen sind. Diese Vorschriften widersprechen ausdrücklich dem § 134 der Gewerbe-Ordnung. Als ich diese Frage beim Reichs-Militäretat zur Sprache brachte, bestritt der Kriegsminister, daß man ihm verwehren könne, zu bestimmen, welche Arbeiter Aufnahme finden sollen, sagte aber hinzu, daß es allerdings mit dem Gesetz in Widerspruch stünde, wenn solche Vorschriften in der Arbeitsordnung enthalten wären, und daß diese bei der neuen Arbeitsordnung in Wegfall kommen sollten. Es ist also wenigstens von einer Seite offiziell zugestanden, daß man bisher gegen das Gesetz gehandelt hat. Bei der Marineverwaltung hatten wir keine Veranlassung das Wort zu nehmen, da diese so anständig war, bereits auf Grund der vorjährigen

Debatte sofort die Streichung der betreffenden Bestimmungen aus der Arbeitsordnung zu veranlassen. Nun habe ich gehört, daß auch bei der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung in Elsaß-Lothringen genau dieselben Bestimmungen nahezu wörtlich in Gültigkeit sind wie bei der preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung. In den dortigen gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige, gültig vom 18. Mai 1892, also nach Inkrafttreten der Gewerbe-Ordnung, heißt es im § 1: „Die aufzunehmenden Personen müssen sich in ihrem bisherigen Lebenswandel achtbar und anständig geführt und dürfen sich an deutschfeindlichen Bestrebungen nicht betheiligen.“ Ich gebe ohne weiteres zu, daß es keine gesetzliche Bestimmung gibt, die einer Staatsbahn-Verwaltung verbietet, eine solche Vorschrift in die Arbeitsordnung aufzunehmen, aber es ist sehr vieles nicht gesetzlich geregelt, was man trotzdem als ungebührlich und unstatthaft ansehen muß. Wenn einmal der Grund der allgemeinen Rechtsungleichheit ausgesprochen ist, ferner jeder Einzelne verpflichtet ist, nach Maßgabe seiner Kräfte und über seine Kräfte hinaus, ich erinnere nur an die indirekten Steuern und die Höhe, zu den Reichsständen beizutragen, seine Pflicht als Soldat thun muß, dann ist es ganz selbstverständlich Aufgabe für jede Staatsverwaltung, auch in der Rechten alle gleich zu stellen, und nicht Bezug zu nehmen auf die religiöse und politische Gesinnung der Betreffenden. Das innerhalb des Betriebes keine Agitation geduldet wird, begreife ich. Aber außerhalb des Betriebes ist eine Agitation nicht strafbar. In den gemeinsamen Bestimmungen heißt es weiter in § 2: Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich anständig zu führen und sich von ordnungs- und deutschfeindlichen Bestrebungen fernzuhalten. Durch diese Bestimmung wird § 134 der Gewerbe-Ordnung in ganz flagranter Weise verletzt. Der Kriegsminister hat zugegeben, daß ähnliche Bestimmungen ihn veranlaßt hätten, dafür zu sorgen, daß Remedur eintrete. Der Chef für die Reichs-Eisenbahnverwaltung ist ja auch zugleich Minister in Preußen für die Staats-Eisenbahnverwaltung. In dieser Eigenschaft unterliegt er nicht unserer Kompetenz, aber ich nehme an, daß, wenn der Staatsminister in die Lage kommen sollte, als Chef der Reichs-Eisenbahnverwaltung anzuerkennen, daß die betreffenden Bestimmungen ungesetzlich sind, er auch dazu übergehen wird, die ganz gleichlautenden Bestimmungen in Preußen zu beseitigen. Ich frage ihn daher, ob ihm überhaupt bekannt ist, daß derartige Bestimmungen in Kraft sind, ob er der Meinung ist, daß dieselben mit dem Gesetz in Widerspruch stehen und ob er alsdann entschlossen ist, diese ungesetzlichen Vorschriften sobald als möglich aus der Arbeitsordnung zu entfernen.

Minister Thielen: Es sind Arbeitsordnungen erlassen, welche sich auf bestimmte Werksstätten oder bestimmte Arbeiterkategorien beziehen, daneben bestehen allgemeine Bestimmungen für alle Arbeiter. Alle diese Ordnungen sind nach der Gewerbenovelle neu redigirt worden, und daraus sind die Vorschriften hervorgegangen, welche der Vorredner erwähnt hat. In Preußen bestehen dieselben Vorschriften. Sie sind vor ihrem Erlaß den Arbeiteraufschüssen vorgelegt worden. Diese haben sie gebilligt. Die Verwaltung hat sich für berechtigt gehalten, auch Verhaltensmaßregeln für die Zeit außerhalb des Dienstes den Arbeitern zu geben. Für die Frage der Aufnahme in den Dienst hat auch Herr Bebel diese Maßnahme nicht für ungesetzlich bezeichnet. Die Verwaltung hätte ja diese Bestimmungen weglassen können, glaubte aber, ihren Arbeitern gegenüber loyal zu handeln, wenn sie den Arbeitern ihre Stellung mittheilte, wie sie sie bei Annahme und Beibehaltung der Arbeiter nimmt. In den früheren Vorschriften für die militärischen Betriebe war die Entlassung angedroht; das stimmt mit der neuen Gewerbe-Ordnung nicht mehr und mußte beseitigt werden. Dagegen kann keinem Arbeitgeber und auch nicht dem Staat verwehrt werden, den Arbeitern mitzutheilen, unter welchen Umständen er Arbeiter annimmt oder nicht. Die Gewerbe-Ordnung-Novelle giebt eine ganze Reihe von Vorschriften, welche sich auf das Verhalten des Arbeiters außerhalb des Dienstes beziehen, so namentlich bei den Entlassungsgründen. An und für sich ist es selbstverständlich, daß sozialdemokratische Arbeiter in staatliche Betriebe nicht gehören. (Sehr richtig! richtig.) Wenn die Verwaltung bisher ein mildes Regime geführt und Herz und Nieren der Arbeiter auf ihre Gesinnung nicht gepreßt hat, so hat sie andererseits die Pflicht, die Arbeiter zu entlassen, welche diese Gesinnung agitatorisch betheiligen. Ein Unrecht kann also in der Aufnahme dieser Bestimmungen nicht gefunden werden.

Abg. Bebel (Soz.): Der Minister hat seine Sache nicht mit besonderem Geschick vertreten, wenigstens nicht für diejenigen, die objektiv zu denken geneigt sind. Die Eisenbahn-Verwaltung hat nicht wider das Gesetz gehandelt; aber eine Staatsverwaltung hat eine andere Stellung einzunehmen wie ein Privatunternehmer. Das Recht, wie jeder andere Unternehmer Arbeiter aus irgend einem Grunde nicht anzunehmen oder aus der Arbeit zu entlassen, bestreite ich gerade einer Staatsverwaltung auf das entschiedenste. Wir haben es hier mit einem Betriebe zu thun, der im Interesse der Allgemeinheit besteht, der aus den Mitteln aller unterhalten wird, insbesondere mit einem Beamtenorganismus, der den allgemeinen Gesetzen in Bezug auf die Staatsbürger unterworfen ist und sich nicht Dinge herausnehmen darf, die dem einzelnen Privatunternehmer sehr wohl erlaubt sein können, wenn sie auch bei ihm zu tadeln sind. Soweit mir bis jetzt die einzelnen Arbeitsordnungen der Privatunternehmer bekannt sind, enthält keine einzelne ähnliche Bestimmungen, wie sie eben von Seiten des Eisenbahnministers vorgebracht worden sind. Der Beamte desjenigen Staates, der sich hauptsächlich als Vertreter der Sozialreform aufspielt, greift zu Maßnahmen gegen sozialdemokratische Arbeiter, zu denen zu greifen sich die Mehrzahl der Privatunternehmer trohaldem schämen würde. Die Bestimmungen des § 2, betreffend die Thätigkeit der Arbeiter außerhalb des Betriebes sollen nicht gegen das Gesetz verstoßen, weil keine Strafe angedroht sei. Niemand in der Gewerbe-Ordnung wird vorgeschrieben, daß solche Bestimmungen dann unglücklich seien, wenn ihre Uebertretung nicht mit Strafe bedroht wird. Die Fabrikordnung der Gebrüder Stumm wurde in der Gewerbe-Ordnung-Kommission zum Gegenstand lebhafter Angriffe gemacht, und insolge dessen wurden die Bestimmungen des § 134 in die Gewerbe-Ordnung aufgenommen, daß nur für minderjährige Arbeiter Bestimmungen über ihre Thätigkeit ausserhalb des Betriebes erlassen werden könnten. Nach meiner Ueberzeugung stehen die Bestimmungen der Eisenbahn-Verwaltung im Widerspruch mit dem Gesetz. Der Kriegsminister hat mir am Freitag entgegenkommend geantwortet. Der Eisenbahnminister giebt ganz entgegengegesetzten Anschauungen Ausdruck. Diese Anschauungen mögen sich bei ihm aus seiner früheren Thätigkeit als Direktor des Betriebsamtes in Hannover festgewurzelt haben, wo in jener Zeit solche Maßnahmen gerade unter seiner Verwaltung in ganz besonderem Maße ausgeübt wurden. Er hat dort sogar veranlaßt, daß Beamte seines Betriebes bei Arbeitern, die im Staatsdienst beschäftigt waren, Hausdurchsuchungen nach sozialdemokratischen Schriften und Zeitungen abhielten. (Staatssekretär v. Büttcher ruft in scherzhaftem Tone dem Staatsminister Thielen zu: Das ist ja schauderhaft!) Stimmen die Arbeiter sozialdemokratisch oder welfisch, so würden sie entlassen. Ferner wurde unter der Verwaltung des Herrn Thielen in Hannover in ausgiebigem Maße die Einrichtung schwarzer Listen eingeführt, wie wir sie mehrfach veröffentlicht haben.

Nach diesen Antecedentien benutzt der Eisenbahnminister auch seine neue Stellung, um seine Feindschaft gegen sozialdemokratische Arbeiter zu betätigen. Was ein Staatsminister persönlich für unzulässig erachtet, kann er lange nicht in seiner Eigenschaft als Staatsminister für unzulässig erachten. Der Minister will nur einen Akt der Feindschaft vorgenommen haben. Das ist eine eigentümliche Auffassung. Loyal ist es zunächst, sich streng an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten. Das soll jeder gewöhnliche Staatsbürger schon thun. Von dem Chef einer Reichsverwaltung ist es erst recht zu verlangen. Was soll der kleine Mann von einer solchen Casuistik denken? Wenn die höchsten Beamten das Befehl so mißachten, so kann man sich nicht mehr wundern, daß überall im Deutschen Reich die Opposition gegen die neuen Gewerbe-Ordnungs-Bestimmungen immer lebhafter wird.

Minister Thielen: Den Vorwurf der Ungefehrlichkeit weise ich zurück (Zwischenruf: Mißachtung!) Warum führt Herr Vebel keine Thatfachen an? Warum theilt er nicht mit, wieviel Arbeiter auf Grund dieser Bestimmungen entlassen oder nicht angenommen worden sind? Der Staat als Arbeitgeber hat allerdings eine besondere Stellung einzunehmen; er hat strengere Vorschriften und strengere Handhabungen durchzuführen als es in Privatbetrieben notwendig ist. Gerade der Staat hat sich dagegen zu wehren, daß nicht in seinen Betrieben Arbeiter hineinkommen, deren Bestrebungen offenkundig auf die Vernichtung des Staates hingedehen, die nur Begegnung und Antrieben sind wollen. Diese Elemente müssen und werden wir fern halten (Beifall rechts).

Hg. Vebel: Dem Staatsminister mit Thatfachen zu dienen, ist aus dem einfachen Grunde unmöglich, weil man denselben Arbeitern, die man auf Grund dieser Bestimmungen nicht annimmt, nicht sagt, warum man sie nicht annimmt. Man führt im Uebri gen nichts, nicht schwarze Listen und sagt dem Arbeiter, für Dich ist keine Arbeit, und wenn auch zehnmal Arbeit da ist. Bei der Arbeiterentlassung ist es ebenso. Der Beamte hat die Anweisung, solche unbedeutenden Arbeiter zu entlassen, warum er entlassen wird, erfährt der Arbeiter nicht. Aber selbst wenn kein Arbeiter entlassen würde, so würden meine Ausführungen doch nicht an Werth und Gewicht verlieren, denn jene Vorschriften sind eben unzulässig. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter wirklich den Betrieb fördern, ihre Pflicht nicht erfüllen, dann hätte der Minister allerdings das Recht, solche Elemente zu befeitigen. Aber er soll erst einmal beweisen, wo das vorgekommen ist. Unsere sozialdemokratischen Arbeiter sind viel zu klug, als daß sie eine solche Thätigkeit entfalten würden, die mit Nothwendigkeit zu ihrer Entlassung führen müßte. Hat der Minister mit solchen Vorschriften irgend etwas erreicht? (Der Minister macht eine zustimmende Bewegung.) So, Sie glauben es wirklich, Herr Minister? Nun, ich kann Ihnen sagen, daß im Elsaß, in Strassburg und Mülhausen Tausende und Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern in Ihren Betrieben beschäftigt werden. Durch politische Unterdrückung erzeugt man nur Heuchler. Prohibiren Sie nur so fort, wir werden sehen, wie weit Sie kommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt.
Bei den Ausgaben für die Betriebsverwaltung wird über eine Anzahl von Petitionen verschiedener Beamtenklassen referirt, welche Aufbesserung des Dienstverdienstes bezwecken. Ueber die Petitionen, welche nach dem Vorschlage der Budgetkommission theils durch Uebertragung zur Landesverwaltung, theils durch Ueberweisung an die veränderten Regierungen als Material erledigt werden sollen, wird erst nach Abschluß der dritten Lesung abgestimmt werden.

Unter den einmaligen Ausgaben befindet sich eine Forderung von 250 000 M. als erste Rate zur Herstellung einer vollstündigen Eisenbahn von Wingen über Meisenthal nach Münsthal (St. Louis). Die Eisenbahn soll im Ganzen etwa 2 1/2 Millionen kosten. Die Budgetkommission hat diese Forderung gestrichen.

Minister Thielen: Der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen hat am 22. Februar einstimmig beschlossen, die veränderten Regierungen zu ersuchen, dem Beschlusse der Kommission nicht zuzustimmen, sondern die Petition unverändert zu bewilligen. Ich komme diesem Ersuchen nach und bitte den Reichstag, die Bewilligung auszusprechen. Die Linie ist wirtschaftlich und strategisch wichtig und würde eine Glasindustrie, welche 4000 Arbeiter beschäftigt, an das Bahnen anschließen.

Hg. Wagnel (Elsaß, Vertreter für 12. Elsaß-Lothringen, Saargemünd) befragt gleichfalls die Bewilligung der Bahn, welche einer armen Gegend sehr aufzuheben würde. Die Bewilligung in der Kommission sei auch nur mit einer Stimme Majorität erfolgt. Der Reichstag solle doch dem Interesse der Betroffenen entgegenkommen, zumal es sich um einen hohen Betrag nicht handle.

Hg. Adt (natl.) tritt im Interesse der westlichen Pfalz auch seinerseits für die Bewilligung ein.

Hg. Baumbach (fr.) erklärt, daß er, wenn er in der Kommission zugegen gewesen wäre, für die Bewilligung gestimmt hätte, und daß er dies jetzt, nach den Erklärungen des Hg. Wagnel und des Ministers auch im Plenum thun werde.

Die Forderung wird hierauf unter großer Heiterkeit des Hauses fast einstimmig bewilligt. Auch der Rest des Extra-Ordinariums gelangt ohne Abbruch zur Annahme.

Nach 5 Uhr wird die Fortsetzung der Statberathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Lokales.

Bekanntmachung.

Am 10. April d. J. eröffnet das Gewerbegericht zu Berlin seine Thätigkeit. Das Geschäftslokale befindet sich Stralauerstraße 3/6.

Zu Vorstehenden sind die Herren Magistrats-Affessoren Dr. Freund, von Schulz, Cuno und Dr. Leo, zu stellvertretenden Vorstehenden die Herren Magistrats-Affessoren Dr. Meyer und Dr. Hergfeld gewählt und als solche für die Dauer eines Jahres bestätigt worden.

Die Verhandlung der Generalien beim Gewerbegericht erfolgt durch Herrn Dr. Freund, im Falle der Behinderung desselben durch Herrn Affessor von Schulz.

Als erster Berichtsjahre fungirt Herr Magistrats-Sekretär Milisch.

Magistrat
hiesiger königlichen Haupt und Residenzstadt.

Zelle.

Berlin, den 9. März 1893.

Aus einer großen Anzahl Berufen ergeben zu Oftern Warnungen an die Eltern, ihre Kinder denselben zu widmen. Sie sind fast sämmtlich gut begründet, nur ein Faktor wird übersehen, daß dieselben Uebelstände fast in allen Berufen vertreten sind. Wenn aber eine Warnung besonders angebracht ist, so ist es die vor solchen Berufen, von denen die Eltern meinen, daß ihre Kinder durch sie etwas Besseres und Feineres werden, als andere Arbeiter. Und gerade in solchen Berufen findet die Ausbeutung und die elendeste Bezahlung der Arbeiter statt. Und geht ein Anruf, unterzeichnet von einem Bureauvorsteher und einem Bureaugehilfen zu, der die Ausschichten im Schreibergewerbe schildert und den wir hiermit wiedergeben.

An die Eltern!

Bei den herannahenden Schulentlassungen dürfte es angezeigt sein die Eltern bei der Berufswahl für ihre Söhne auf eine Gefahr aufmerksam zu machen, welche gewöhnlich bei diesem wichtigen Schritt nicht berücksichtigt wird. Sei es, daß eine große Anzahl Eltern ihre Söhne vorläufig für zu schwach halten irgend ein

Handwerk oder dergleichen zu erlernen, oder sei es, daß viele Eltern von ihren Kindern eine baldige Unterthänigung zu ihrem beschränkten Haushaltungsbudget erwarten, man giebt seinem Sohn einem Rechtsanwalte, Gerichtsvollzieher zc. aus Bureau, der die Entwidlung des heranwachsenden Jünglings durch übermäßig lange Arbeitszeit, verbunden mit einer sitzenden fast körperlich bewegungslosen Beschäftigung zerstört, und so der Keim einer Krankheit in das junge Leben hineingetragen wird.

Der meist vorläufig gewählte Hilfsberuf wird in den weitaus größten Fällen beibehalten, weil die Eltern sich an die regelmäßigen monatlichen Entnahmen gewöhnt und auch überwiegend denselben dringend bedürfen. Damit haben sie aber vielleicht unvorhergesehen, aber großes Unglück über das Schicksal ihrer Kinder heraufbeschworen. In keinem Berufe sind die Lohnverhältnisse elendere und traurigere, die Arbeitszeit eine größere und die Stellunglosigkeit eine ausgedehntere, als im Schreibergewerbe. Werden doch bei einer 12-14stündigen Arbeitszeit Löhne gezahlt, die beispiellos und für den Ueingeübten kaum glaublich sind. 20-30jährige Menschen erhalten pro Monat 25-30 M., Familienväter 50-60 M., und diese Fälle gehören keineswegs zu den Seltenheiten; verdienen doch noch vielfach jüngere Schreiber ausgerechnet 2-3 Pfg. Stundenlohn.

Angesichts solcher empörenden Zustände wäre es ein Verbrechen der Eltern, wollten sie ihre Kinder einem Berufe widmen, der auch den elendsten aller anderen Berufe in den Schatten stellt. Eltern! Bei eurer die erste Mahnung und schickt eure Söhne nicht in's Bureau, wo eure Kinder neben Hungerlöhnen bei einer unmäßigen langen Arbeitszeit ihre Gesundheit untergraben und dem traurigsten aller Menschenloose entgegengeben.

Laßt Euch nicht durch die bessere Lage Einzelner dieses Berufes blenden und bedenkt, daß es in jedem Berufe bessere Situarie giebt, während gerade im Bureaufache die überwiegend große Masse am Hungertuche nagt.

Die Parteigenossen des 4. Reichstags-Wahlkreises hatten am letzten Sonntag wiederum die traurige Pflicht, einem der ihrigen, dem im Alter von 88 Jahren verstorbenen Restaurateur **Karl Voss**, das letzte Geleit zu geben. Die überaus reiche Beihaltung der nach mehreren Hunderten zählenden Genossen und Genossinnen bewies, welche Anhänglichkeit sich der Verstorbene durch seinen schlichten, rechtlichen Charakter unter den Genossen erworben hat. Von den prachtvollen Kranzspenden zeichneten sich besonders aus die vom Wahlverein des vierten Reichstags-Wahlkreises, vom Interessenverein der Gast- und Schankwirthe Berlins, von der Berliner Filiale Südost des Zentralvereins der Maurer, sowie vom Regillub „Lustige 13“ gewidmeten Kränze. Ehre seinem Andenken!

Ein Mißverständnis. Nach Dynamitbombe gehäuft wurde vor kurzem bei dem in der Gurbavenerstr. 3 wohnhaften Fabrikanten **Wagnel**. Zu dem gedachten Zwecke erschienen eines Tages drei Beamte der politischen Polizei bei **Wagnel**. Dieselben drückten ihm, daß bei der Behörde Anzeige erstattet worden sei, bei **Wagnel** würden Bomben angefertigt. **Wagnel** arbeitet nun keineswegs in Bomben und Höllemaschinen, sondern betreibt die Fabrikation von Pressmaschinen zu Bombenfabrikation und war infolge gehäufter Aufträge in letzterer Zeit gezwungen, auch nachlässigerweise arbeiten zu lassen. Irrend ein Spahpogel hatte sich nun augenscheinlich auch einen vorzeitigen Aprilscherz erlaubt und die Polizei dergestalt täuscht, daß er aus der Bombenfabrik eine Bombenfabrik machte und diese der Behörde zur Anzeige brachte.

Selbstmord. In weiteren Kreisen erregt es Aufsehen, daß der Weinbändler **Adam Becker**, Verstr. 1. No. 11, Hand an sich gelegt hat. Unter der Firma **Peter Becker** hatte er dem Kriminalgericht gegenüber eine Weinstube geführt, welche von Rechtsanwaltschaft, Richtern, Jüngern, viel besucht wurde. Am Sonnabend feierte er in größerer Gesellschaft in bester Laune, seinen 48. Geburtstag bis Morgens 2 Uhr. Sonntag früh fand ihn das Dienstmädchen — er ist Junggeselle — als Leiche. Den Revolver hatte er sich einige Tage zuvor gekauft. Die That war also eine überlegte. Was den jovialen Mann in den Tod getrieben, ist blüher noch Geheimniß.

Die Kunde von einer Bluthat verfehte vorgestern die Bewohner der Friedrichstadt in große Aufregung. In der ersten Etage des Hauses Kanonierstraße 28 befindet sich die Wohnung und das Bureau des Agenten und Stellenermittlers **Hinkel**. Die „Post“ berichtet darüber: „Gegen 5 Uhr Abends betrat Herr R. die Küche der Wohnung, um sein Dienstmädchen **Katharina Wittkowsky** über den Verbleib eines Manschettenknopfes zu befragen. Obgleich diese Frage in richtiger Weise gestellt wurde, schrie das Mädchen seinem Brotherren zu, er solle die Küche sofort verlassen. Ehe letzterer sich aber von dem Erstanten über die Frechheit erholt, griff die W. nach einem ihr zur Hand liegenden Küchenbeil und verfehrte ihm blitzschnell einen wuchtigen Hieb über die Stirn. Blutüberströmend und halb betäubt von der Gewalt des Schlags konnte R. nur noch einen lauten Hilferuf ausstoßen und brach dann kraftlos zusammen. Alarmirt durch den Ruf eilte Frau R. und gleich nach ihr mehrere Nachbarn herbei. Möglich fürzte sich die W. wie rasend auf die Frau R., würgte sie an der Kehle, schleuderte sie sodann gegen die Wand und stürzte, die übrigen Personen gewaltsam zur Seite drängend, durch die Thür zum Fluß die Treppe hinab und auf den Hof, da ihr der Ausweg zur Straße bereits durch Eindringende versperrt war. Auf dem Hofe gelang es, daß sich wie rasend geredende Frauenzimmer nach heftiger Gegenwehr zu überwinden, worauf sie einem herbeigeholten Schutzmänn übergeben und von diesem zur Wache des Polizeibureaus in der Königgräberstraße geschafft und später nach dem Gewahrsam am Alexanderplatz überführt wurde.“ — Die Hausbewohner und die Nachbarn lassen sich über den Vorfall in vielen Punkten ganz anders und viel glaubwürdiger aus. Aller Wahrscheinlichkeit nach habe eine gewisse Nothwehr seitens der Wittkowsky vorgelegen. Die Dienstmädchen bei **Hinkel** hätten von jeder einen schweren Stand gehabt, Frau **Hinkel** wäre nur wenig zur Milde geneigt, umal da sie häufig genug nur zu begründeten Anlaß zur Eifersucht gehabt. Da sei er denn auch einmal an die Unrechte gerathen und dürfte sich nicht allzulange beklagen. Die Wittkowsky habe, so erzählen die Nachbarn weiter, am Auge und auf der Wange blutige Schrammen gehabt, es müsse doch also wohl dem Beilhieb ein Kampf vorhergegangen sein. Nach der That sei sie zur Küche des im Parterre gelegenen Restaurants gelaufen und habe in ihrem gebrochenern Deutsch gesagt: „Herr mich geschlagen, ich Herrn. Sanitätswache gehen!“ Der Eindruck, den das Mädchen auf die Hausbewohner gemacht, ist kein ungünstiger, sie sei jedem Mißthat aus dem Wege gegangen, nie habe sie geflagt, sondern die ihr reichlich zugemessene Arbeit bis in die späte Nacht hinein ohne Murren gethan. Die Wunde des Herrn **Hinkel**, die allerdings von der rechten Stirnseite aus quer über das Gesicht bis auf die linke Wange reicht, giebt nach der Aussage des behandelnden Arztes Dr. **Röfeler** zu irgend welchen Bedenken keinerlei Veranlassung.

Ein noch nicht ganz klarer Vorgang beschäftigt seit heute (Montag) Morgen die Polizei. Gleich nach 7 Uhr stieg aus einem Küchenspeicher des Hauses Markgrafenstr. 69 drei Stöck hoch ein menschlicher Körper auf den Hof hinab, und blieb dort liegen. Der im Erdgeschoß wohnende Gastwirth **Kessel** eilte hinzu und erkannte in der Herabgestürzten die 16 Jahre alte unverheiratete **Marie Kosofowicz**, die sich bei ihrer Tante **Mulowsta** in demselben Hause aufhielt. Nachdem sie zunächst in den Hausflur gebracht worden war, wurde das 89 Polizeirevier benachrichtigt, und ein Schutzmänn brachte die Schwerverletzte nach der Charite. Die **Kosofowicz** hat angegeben, von ihrer

Tante aus dem Fenster geworfen worden zu sein. Ob dies zutrifft, erscheint zunächst zweifelhaft. Oben in der Küche wurde ein Zettel gefunden, der u. A. die Angabe enthält, daß die K. sich ertränken wolle. Wie verlautet, sollte das junge Mädchen zu seinen Angehörigen zurückkehren und Berlin verlassen.

Wie sich nachträglich ergibt, dürfte die Annahme, daß ein Selbstmord vorliegt, die richtige sein. Veranlassung zu demselben soll die Befürchtung, einer Besserungsanstalt überwiesen zu werden, gewesen sein.

10 000 Mark Defizit weiß nach der Mittheilung **Stöder's** das letzte Geschäftsjahr der Berliner Stadtmission auf. Ob die intimen Freunde des Herrn **Stöder**, die nothleidenden Ritttergutsbesitzer, nicht dieses kleine Defizit bedenken werden? Ja, die Herren Agrarier haben zwar ein großes Bedürfnis nach Frömmigkeit und Christlichkeit, aber ein noch größeres nach Champagner und Kustern. Und wenn diese beiden Bedürfnisse mit einander in Konflikt gerathen, muß natürlich das erstere zurücktreten.

Die Gedächtnisfeier des 10jährigen Todesjages von Karl Marx fand nicht, wie in der letzten Sonntagsnummer irrthümlich gemeldet, am 12. d. M. statt, sondern wird, wie unsere Leser aus früheren Inseraten wohl schon erfahren haben werden, am Sonntag den 19. März im „Festpalast“ vor sich gehen.

Polizeibericht. Am 11. d. M. Morgens wurde vor dem Grundstück Görzinger Ufer 24 ein Arbeiter an einem Baum erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde ein Agent, Kanonierstraße wohnhaft, gelegentlich eines Wortstreites mit seinem Dienstmädchen, der unverheirateten **Wittkowsky**, von dieser mit einem Hackbeil ins Gesicht geschlagen, so daß er eine bedeutende Verletzung der Stirn erlitt. Das Mädchen wurde verhaftet. — Auf einer Bank am Belleallianceplatz versuchte Nachmittags ein geistesgestörter Arbeiter sich durch Öffnen der Pulsader an der linken Hand zu tödten. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde er nach der Charite gebracht. — Abends fiel ein Maurer im trunkenen Zustande nahe der Fernbrücke in den Spandauer Schiffahrtskanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charite gebracht. — Abends wurde in einem Hotel ein am Tage zuvor aus Hamburg angereicherter Reisender mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe todt aufgefunden. — In der Nacht zum 12. d. M. wurde ein unbekannter, etwa 40 Jahre alter Mann im Thiergarten auf dem großen Spielplatz neben einer Bank todt aufgefunden. Anscheinend hat sich derselbe durch Gift getödtet. — Auf dem Grundstück Stülerstr. 5 fand in der Nacht zum 5. d. M. ein Nachtschwärmer todt. Bei den Löscharbeiten brach ein Feuerwehmann durch die beschädigte Decke und stürzte in das darunter gelegene Stöckwerk hinab, wobei er im Gesicht und an den Armen bedeutende Verletzungen erlitt, so daß er nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 12. d. M. erschloß sich ein Weinbändler in seiner Wohnung in der Werkstraße mittels Revolvers. — Am 12. d. M. Vormittags fand an der Ecke der Bismarck- und Moltkestraße zwischen einem Omnibus und einem Geschäftswagen, dessen Pferd scheu geworden und durchgegangen war, ein Zusammenstoß statt, wobei der Führer des letzteren vom Bod in eine Glasscheibe des Omnibus geschleudert wurde und so bedeutende Verletzungen im Gesicht erlitt, daß er nach der Charite gebracht werden mußte. — Nachmittags fanden in der Wrangelstr. 45 und Kägenerstr. 8 kleine Brände statt.

Theater.

Der Verein „Fresko-Bühne“ hatte am Sonntag seine zweite Vorstellung, und zwar diesmal im „Victoria-Theater“ veranstaltet. Der Verein hatte es sich zur Aufgabe gestellt, Stücke zur Aufführung zu bringen, in denen sich eine große Weltanschauung durch groß angelegte Charaktere wuchtig verlorpelt, in denen sich bedeutsame Schicksale rasch und leidenschaftlich vollziehen“. War nun in der ersten Vorstellung „Manometer auf 99“ eine Weltanschauung verlorpelt, für welche in leidlich gefunden Menschenhirnen kein Raum und bei der höchsten der Dichter ein psychologisches Interesse erregt, so stieg das gestern zur Ausführung gelangte Stück „Thomas Bedet“ von Hans Wellberg von jener Höhe wieder herab und führte uns in den Bereich schülerhafter Nachahmung konventioneller Historien-Dramatik. In dem Kampf für Befestigung seiner Herrschaft und für die Unabhängigkeit mit Rom, den Heinrich II. von England führte, unterthürte ihn Thomas Bedet, sein Kanzler, und bald darauf Erzbischof von Canterbury, der jedoch, eine so ergebene Stütze des Königs er vorher gewesen war, ein um so leidenschaftlicherer Vertreter Rom's gegen denselben König wurde. Mit der Ermordung **Bedet's** endet das Stück. Diese fällt geschichtlich in das Jahr 1170, und Rom würdigte seine Verdienste damit, daß der Papst ihn bereits zwei Jahre nach seinem Tode für heilig erklärte. Der Stoff an und für sich würde wohl auch heute noch im stände sein, Interesse zu erregen, wenn die dargestellten Personen und ihre Entwicklung menschlich und lebenskräftig charakterisirt wären. Das ist aber in diesem Stücke nicht der Fall. Von einem Konflikt, den der Held des Stückes zu lösen hat, kann gar nicht die Rede sein. Gleich in der ersten Scene ist uns seine Befehrung so zweifellos, daß es uns nur unbegreiflich erscheint, wie er überhaupt zum Kampfe gegen die Kirche kommen konnte. Neben der Haupthandlung bewegte sich auch noch der Kampf der Königin, die ob des Liebesverhältnisses des Königs mit Rosamunde Clifford die Empörung gegen diesen ansacht und leckt, und sich, als ihr die Segnerin in die Hände fällt, durch **Bedet** zur Verzweiflung bewegen läßt. Diese Nebenhandlungen, welche die beiden letzten Akte füllt, schwächte jedes dramatische Interesse, das sich im 3. Akte noch durch wiederholte Heroorufte geltend machte, vollends ab. Mit schilleriger Heiterkeit verlieh das Publikum das Theater. Die Darstellung ist im Ganzen zu loben; besonders verdient Herr **Beaurepaire** in der Titelrolle hervorgehoben zu werden. Wir befürchten, daß der Fresko-Bühne es schwer werden wird, noch einmal tüchtige Schauspieler zu gewinnen, wenn es sich nur darum handelt, solche dramatische Veruche, die allenfalls in einem kräftig wirklichen Liebhabertheater unter den Angehörigen des Dichters und der Darsteller mit Erfolg getradt sein können, zur Ausführung zu bringen.

Im **Thomas-Theater** bringt seit Sonnabend das Wiener Ensemble des Direktors **Grassell** wieder eine neue Posse „Ihr Korporal“ von Carl Costa mit der Musik von **Milföder** zur Ausführung. Wenn die Posse den Zweck hat, lustig zu amüsiren, so wird dieser Zweck vollständig erreicht, besonders bei der frischen und munteren Darstellung, die sie im **Thomas-Theater** fand. Von den Darstellern verdient Herr **Müller** als **Gottfried** **Sampl**, **Materialist** und **Hausbesitzer**, hervorgehoben zu werden, sowie **Hrl. J. J. J. J.**, die dessen streitbare und durch die Liebe zu ihrem Korporal **Jkwan**, (Herr **Blum**), geahmte Schwester, mit naturwüchsigter Anmuth wiedergab. Mit ihnen seien noch rühmlich genannt Herr **Röppel** und Frau **Renzi**.

Berichts-Beifung.

Wegen wesentlichen Meinungs stand gestern der frühere **Bildhauser** **Werber** aus **Charlottenburg** vor den Schranken des Schwurgerichts am Landgericht I. Der Angeklagte ist eine an Berichtsstelle nicht unbekannt Persönlichkeit, er gehört zu den weissen Männern, welche den Keinen Seuten, die mit dem Gerichte zu thun haben, die Schriftsätze anfertigen und mit guten Rath-

Schlagen gleich bei der Hand sind. Er steht sogar im Verdacht, gewerkschaftlich in allerlei Prozessen als Zeuge aufzutreten zu sein. Das eine solche Persönlichkeit es mit der Festigkeit des Eides nicht allzu genau nimmt, ist eigentlich nicht zu verwundern. Der Angeklagte wurde beschuldigt, aus ganz unbedeutender Veranlassung einen Weibchen geleistet zu haben. Er hatte unter seinem Eide behauptet, daß er eines Tages im Anschluß an seine vor dem hiesigen Amtsgericht II stattgefundene Zeugenvernehmung auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes gehend habe, wie die eine der streitenden Parteien die andere mit Schimpfworten beleidigt habe. Durch die Beweisaufnahme wurde die Unwahrheit dieser Behauptung dargelegt und die Geschworenen gaben deshalb einen Schuldspruch ab. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus.

Ueber die Berechtigung der Dienstherrschaft, Weihnachtsgeschenke ganz oder zum Teil zu widerrufen, wenn im Laufe des folgenden Jahres der Dienstvertrag durch Schuld des Bediensteten aufgehoben wird, hat sich kürzlich eine Zivilkammer des Landgerichts I dahin ausgesprochen: Fraglich könnte nur sein, ob man berechtigt ist, das ganze Weihnachtsgeschenk in Anrechnung zu bringen oder nur nach Verhältnis der in einem Jahre abgedienten Zeit. Das Kammergericht hat sich früher einmal für diese letztere Ansicht ausgesprochen, die Zivilkammer hat sich derselben aber nicht anschließen können, da sie im Texte des Gesetzes keinen Anhalt findet. Der Grund des Gesetzes kann ebensowohl der sein, daß das Geschenke möglichst dazu angehalten werden soll, die Dienstverträge lange, also auf mindestens ein Jahr, auszuhalten, so daß das Geschenke bei Verlassen des Dienstes um das ganze ihm gewährte Weihnachtsgeschenk geleistet werden soll, wenn dieses Verlassen vor Beendigung des ersten Dienstjahres stattfindet, wie auch, daß das Geschenke sich, zu einer Zeit im Jahre ihm zugewandete Geschenk allmählich abzurufen soll, sobald dem Gesinde nur ein nach Verhältnis der Dienstzeit zu berechnender Betrag geleistet werden soll. Bei dieser Zweifelhaftheit des Grundgedankens des Gesetzes liegt keine Veranlassung vor, von Wortlaut desselben abzuweichen. Nach diesem ist die Dienstherrschaft berechtigt, während des ersten Dienstjahres das ganze Weihnachtsgeschenk auf den Lohn anzurechnen, wenn das Gesinde durch eigene Schuld vor Ablauf dieses Jahres irgend wann den Dienst verläßt. Eine Schuld im Sinne der Gesinde-Ordnung liegt vor, wenn das Gesinde die Ursache zum Verlassen des Dienstes giebt, und diese Ursache giebt es auch dann, wenn es den Dienst kündigt.

Der am Sonnabend wieder in Haft genommene Kaufmann Carl Paasch wurde gestern (Montag) der siebenten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen eines Verstoßes gegen das Preßgesetz zu verantworten. Gegen den Angeklagten schwebt bekanntlich ein umfangreiches Strafverfahren wegen der von ihm verfaßten Broschüre, „Eine Protestnote an den Reichskanzler v. Caprivi“. Auch gestern handelte es sich um diese Broschüre, jedoch handelte es sich um eine formelle Uebertretung des Preßgesetzes in Frage. Der Angeklagte hatte auf dem Titelblatt jener Broschüre fälschlich sich selbst als den Drucker und Verleger bezeichnet. Er gab zu, daß er eine Druckerei nicht besaß und die falsche Angabe zu dem Zweck gemacht zu haben, um den wirklichen Drucker vor allen Unannehmlichkeiten zu bewahren. Der Staatsanwalt beantragte 150 M. Geldbuße, der Gerichtshof erkannte auf 50 M. Geldbuße event. 3 Tage Haft.

Eine Fahrt, die der Töpler Schiffschiff am 5. Dezember vor. J. auf der Stadtbahn unternahm, ist ihm scheinbar zu stehen gekommen. Schiffschiff fuhr am 5. Dezember v. J. von Charlottenburg bis zur Station Wedding, ohne eine Fahrkarte gelöst zu haben. Am Aufsteigepunkt wurde ihm von dem diensthabenden Beamten die Fahrkarte aberkannt. Schiffschiff gab denselben eine Zigarre, wobei er ihm mit bedeutungsvollem Blick die Worte zuflüsterte: „Weiter habe ich nicht.“ Der Beamte sagte die Sache anstandslos auf, er ließ den blinden Passagier festhalten, der zunächst in eine Geldstrafe von 6 Mark wegen Uebertretung des Fahrreglements genommen wurde, außerdem aber eine Anklage wegen Beamtenbeleidigung erhielt. Die neuente Strafkammer des Landgerichts I belegte gestern den Angeklagten wegen dieses Vergehens mit einer Geldstrafe von 15 Mark.

Leipzig, 9. März. Reichsgericht. (Sozialisten-Prozesse.) Wegen schuldigen Preßvergehens war der Verleger der „Magdeburger Volksstimme“, Herr Wilhelm Meyer, in Magdeburg verurteilt worden. Nachdem auf seine Revision das Urteil aufgehoben worden war, hatte ihn das Magdeburger Landgericht am 14. Dezember v. J. abermals verurteilt. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde. In dem genannten Blatte erschien am 9. August v. J. ein Artikel mit der Ueberschrift: „Pariser Briefe aus dem Tagebuche einer Christin“, welcher später unter Anklage gestellt wurde. Verantwortlich war zu jener Zeit für den politischen Teil des Blattes Dr. H. Luz, für den literarischen Teil der jetzige Angeklagte W. Meyer, und für den übrigen Teil des Blattes G. Köster in Groß-Ditterleben. Meyer war zugleich Verleger für seine eigene Rechnung, während die beiden anderen Redakteure von ihm besoldet wurden. Der Artikel, welcher nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft den Thatbestand eines Religionsvergehens enthielt, gehörte zu demjenigen Teile des Blattes, welcher von dem Redakteur Köster verantwortlich zusammengestellt wurde. Gegen diesen wurde auch Anklage auf § 106 S. 1. B. erhoben, er richtete aber vor der Hauptverhandlung ins Ausland. Nunmehr wurde gegen den ihm zunächst stehenden Hintermann, den Verleger Meyer, die Anklage gemäß § 21 des Preßgesetzes erhoben. In beiden Hauptverhandlungen wurde festgestellt, daß der inkriminierte Artikel gegen den § 106 verstößt, und wurde in ihm eine Beschimpfung der christlichen Kirche erblickt. Der Verfasser resp. die Verfasserin des Artikels wurde nicht bekannt gegeben. Der Angeklagte Meyer behauptete unwiderlegt, der Artikel sei ohne sein Wissen in die Zeitung gekommen. Das Gericht hat ihn aber für verpflichtet gehalten, eine sachliche Prüfung der zur Aufnahme bestimmten Artikel vorzunehmen, um so mehr, da er wußte, daß Köster eine spitze Feder führe. — Die abendliche Revision des Angeklagten kam kürzlich vor dem dritten Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung. Die Rechtsstaatsanwaltschaft, vom Rechtsanwalt Berner in Magdeburg verfaßt, führte hauptsächlich darüber Beschwerde, daß er, der Verteidiger, nicht zur Hauptverhandlung vor der Strafkammer geladen worden war. Der Angeklagte Meyer habe sich damals in Haft befunden und nicht selbst bei ihm, dem Verteidiger, nachfragen können, ob er eine Ladung erhalten habe. Durch eine Mißachtung des Verteidigers sei der Angeklagte in seiner Verteidigung beschränkt worden. Zu bemerken ist hierzu, daß Herr Rechtsanwalt Berner in der ersten Magdeburger Hauptverhandlung am 22. Juli 1892 als Verteidiger aufgetreten ist und daß er zu der ersten Revisionsverhandlung vor dem Reichsgerichte benachrichtigt wurde. Eine schriftliche Vollmacht für ihn war allerdings nicht bei den Akten. — Das Reichsgericht sah die erhobene Beschwerde als begründet an und erkannte auf Aufhebung des Urteils und nochmalige Zurückverweisung der Sache an das Landgericht. Die Gründe lauteten: Der Angeklagte ist mit einem Verteidiger in der früheren Verhandlung aufgetreten; der letztere hat auch die Revision für den Angeklagten eingeleitet. Durch diese Umstände und durch die Angabe des Angeklagten selbst war der Verteidiger dem Gerichte bekannt. Es bedurfte deshalb für die neue Hauptverhandlung vor der Strafkammer keiner Angabe von der stattgehabten Wahl des Verteidigers; das Gericht mußte vielmehr aus freien Stücken den Verteidiger zur Hauptverhandlung laden.

Versammlungen.

Eine Brauerverammlung der Klempner vom Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter tagte am 26. Februar. In derselben hielt Genosse Meyner einen interessanten Vortrag über Antisemitismus und Sozialdemokratie, dem eine lebhafte Diskussion folgte, an der sich die Kollegen Winter, Krause, Näher u. a. beteiligten. Hieraus wurden die Kollegen Schäfer und Anders in die Fachkommission gewählt; sodann erörterte die Versammlung einige innere Organisations-Angelegenheiten.

Der Verband der Sattler und Tapezierer hatte am 4. März eine Versammlung, in welcher der Augenarzt Herr Dr. Wurm über das Thema sprach: Wie erhält man die Augen gesund? In der Diskussion kam der Kollege A. Schulz auf das Arbeiterschutzes zu sprechen und zeigte, daß dasselbe nicht im Stande ist, die gesundheitschädlichen Zustände aus den Arbeitsstätten zu beseitigen. Die Versammlung beschloß ferner, den Werkführer Rebe wegen seines Verhaltens den ihm unterstellten Arbeitern gegenüber aus dem Verband auszuschließen. Zum Schluß legte der Kollege Lohstädt sein Amt als Bevollmächtigter nieder.

Die Versammlung der freien Vereinigung der Graveure und Rissler vom 8. März beschäftigte sich mit dem Thema: Ausbau der Organisation. Es wurde allseitig bedauert, daß durch die Amtsniederlegung der Agitationskommission die Fühlung mit der auswärtigen Kollegenschaft unterbrochen ist. Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige Versammlung ersucht die Berliner Kollegenschaft, zur Wahl einer Agitationskommission in zukünftigem Sinne Stellung zu nehmen. Mit einem begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Mit der Frage der diesjährigen Maifeier hatte sich die Parteiversammlung des sechsten Wahlkreises, welche am 12. d. M. im „Schultheiß“ (Gästehaus) tagte, zu befassen. Das einseitige Referat hielt Alwin Gerisch. Derselbe hob hervor, daß die prinzipielle Seite der Frage schon auf dem letzten Parteitag erledigt worden sei. Es könne sich demzufolge nur darum handeln, sich über die praktische Gestaltung der Feier zu einigen. Da von einer Arbeitstruhe keine Rede sein könne, so müsse man sich über die Gestaltung der Feier in anderer Weise verständigen. Die Meinungen hierüber seien sehr geteilt, es spiele bekanntlich die Lokalfrage hierbei die größte Rolle. Nach Lage der Verhältnisse halte er die Abhaltung großer Versammlungen am Abend des 1. Mai für die würdige Form der Maifeier. Derselbe könnten event. durch Konzert, Gesang, lebende Bilder u. s. w. verschönert werden. Ueber die Einzelheiten der Feier hätten die Parteigenossen zu bestimmen. Jedenfalls müsse alles daran gesetzt werden, auch die diesjährige Maifeier zu einer einheitlichen und großartigen zu gestalten. Gegen jede Maifeier war J. anisch. Derselbe plädierte für Demonstrationen und Versammlungen für Männer und Frauen. Koopmann wünschte am Nachmittag ein familiäres Vergnügen und Abends Versammlungen. Dornbusch sprach von demselben Standpunkte. Ohne jegliche Festlichkeit — mit Ausschluß des Tanzes — würde es in Berlin nicht abgehen können. Auch Marten war dieser Ansicht und wünschte, daß in vier größeren Lokalen wieder die Maifeier abgehalten werde. Hermer Schmid beantragte, den Vertrauenspersonen die Regelung der Maifeier bzw. die Veranstaltungen zu derselben zu übertragen. Gieschott war gegen die „Feier“. Er wünschte Versammlungen am Vormittag. Es gab Arbeitgeber, welche ihren Arbeitern gerne Gelegenheiten geben, am Tage zu demonstrieren. Ebenso müßte den Arbeitslosen zur Demonstration Gelegenheit gegeben werden. Den allgemeinen „Kassellisch“ am Nachmittag hielt er vom Uebel. Abends sollten dann ebenfalls mehrere Volkversammlungen abgehalten werden. Auch war er gegen den Antrag Hermer Schmid. Näher unterstützte energisch den Vorschlag Gieschott's. Er sagte den Beschluß des Parteitages, den ersten Sonntag im Mai zu feiern, dahin auf, daß dies nicht für ewige Zeiten zu verstehen sei, vielmehr daß alljährig zur Feier des 1. Mai zurückgekehrt werden solle. Um denjenigen, die am 1. Mai demonstrieren wollten, die Gelegenheit hierzu nicht zu nehmen, war er für eine Vormittagsversammlung. Dietrich machte noch besonders darauf aufmerksam, daß viele Genossen durch Arbeitslosigkeit derartig heruntergekommen seien, daß sie sich bei einer „Festlichkeit“ nicht sehen lassen könnten. Deshalb war auch er für eine Tagesversammlung. Gerisch's Meinung ging dahin, daß weder die Arbeitslosen noch die Familien von der Teilnahme an der Maifeier ausgeschlossen werden dürften. Die Versammlung beschloß, am 2. Tage eine Versammlung anzuhalten. Im Uebrigen wurde die Veranstaltung der Maifeier den Vertrauensmännern übertragen. Namens der Lokal-Kommission referierte hierauf Hermer Schmid über die Lokalfrage. Derselbe verlas zunächst Schreiben von Max Weimann, Volksgarten (Gesundbrunnen), von der Direktion der Norddeutschen Brauerei, dem Deponom vom „Feldschlösschen“, Müllerstraße, sowie die Erklärung des Deponom Weimann (Ahrens Brauerei, Moabit). Derselben gingen gleichlautend dahin, daß sie ihre jeweiligen Lokale der sozialdemokratischen Partei für gewerkschaftliche wie politische Versammlungen, wie auch zur Abhaltung der Maifeier unentgeltlich zur Verfügung stellen wollten. Das Lokal „Schloß Schönholz“ blieb aus dem Bereiche der Erörterungen, da hierüber zu bestimmen die Charlottenburger Lokal-Kommission sich vorbehalten hat. Nach der Erklärung Hermer Schmid's ist die Berliner Lokal-Kommission sich dahin schlüssig geworden, daß, sofern die Versammlung den Boykott über die vorstehenden Lokale aufhebe, sie sich diesem Beschlusse anschließen gewillt sei. Redner gab indessen zu bedenken, daß die Sommerlokale Weimann's Volksgarten, Schweizergarten, Puhmann, Feldschlösschen u. s. w. während der Saison, wo keine Gelegenheit zur Abhaltung von Versammlungen ist, sich den Arbeitern gerne zur Verfügung stellen. Es würde davon abhängen, ob derartige Lokale auch für Versammlungen zu haben sein werden, ehe Beschluß über dieselben gefaßt werden könne. Im Interesse der Maifeier forderte Marten Beschlußfassung darüber, ob die seit dem vorjährigen 1. Mai bestehende Lokalsperre vor Ablauf des festgesetzten Termins aufzuheben sei. Koopmann versprach sich eine noch größere Wirkung eines Lokalsboykotts, wenn die Kenntnis eines verhängten Boykotts mehr verbreitet und derselbe mehr gehalten würde. Die Boykottliste müßte mehr verbreitet werden. Kleinert war gegen die Aufhebung des Boykotts. Sei man so lange ohne diese Lokale ausgekommen, so brauche man sie auch jetzt nicht. Die betreffenden Lokalinhaber hätten schon längst kommen müssen. Dem Redner wurde klar gemacht, daß die Lokalinhaber sich schon lange und wiederholt um die Aufhebung des Boykotts bemüht hätten. Der gefaßte Beschluß lautete aber auf die Dauer eines Jahres. Aus der ferneren Debatte sind die Ausführungen Weimann's hervorzuheben. Wenn man gab zu verstehen, daß die Lokal-Kommission vor einem Konflikt mit der Schultheiß-Brauerei stehe, gab er aber hoffe, daß derselbe ohne ernste Folgen bleiben werde. Er sagte ferner aus, daß der Boykott von seiten der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen durchgeführt worden sei, nicht aber von den „Nachgehenden“, von „Qualitäts-Bereinen“ u. s. w. Ferner wies er auf die Mißstände hin, die durch den Besuch Berliner Genossen von gesperrten Lokalen in der Umgegend hervorgerufen werden, und empfahl, den Nachklubs, Vergnügungsvereinen u. s. w. ernstlich auf die Finger zu legen, und bei Veranstaltung von Vergnügungen in Orten der Umgegend sich vorher mit den Lokal-Kommissionen der betreffenden Orte in Verbindung zu setzen. Die Abstimmung betreffs Aufhebung des Boykotts erfolgte einzeln über die fraglichen Lokale. Beschlossen wurde, den Boykott sofort aufzugeben über die Norddeutsche

Brauerei (gegen 10 Stimmen), Weimann's Volksgarten (gegen eine große Minderheit), und Ahrens's Brauerei, Moabit (gegen eine große Minderheit). Den politischen wie gewerkschaftlichen Organisationen wurde indessen aufgegeben, die freigegebenen Lokale vor dem 1. Mai nicht zu benutzen. Der Boykott über das Lokal Feldschlösschen, Müllerstraße, dauert fort. Pfarr forderte sodann auf, die Zeitschrift zum 18. März vom Genossen Wille nicht zu rezipieren, sondern nur die rote Nummer des Lettow-Beeslower Volksblattes hochzuhalten. Derselben Appell richtete Kiesel an die Genossen, Habang hob hervor, daß der Ueberstich des Wille'schen Märzblattes gleichfalls „der Partei“ zuflehe. Pfarr erklärte die vier Geranten des Wille'schen Märzblattes nicht für maßgebend. Gerisch trat der Auffassung entgegen, daß Wille im Einverständnis und mit Zustimmung des Parteivorstandes gehandelt habe. Wille treffe der Vorwurf, die ihm angebotene Einigung zurückgewiesen zu haben. Demzufolge könne nur das Partei-Unternehmen in Betracht kommen. Zum Schluß gab Pfarr die Abrechnung der Sammellisten betr. Delegiertenwahlen zum letzten Parteitag. Erhalten hatte die Kommission 307 Stimmen. Eingegangen waren 1099,25 M. Ausgabe 107,30 M. Der Ueberstich beträgt 992,05 M. Den Vertrauenspersonen sind übergeben 862 M. 5 Pf. Der Kommissionsbestand ist 60 M. Es stehen noch drei Listen aus. Zur Sprache kam auch noch die Kellnerfrage, da die Kellner im „Schultheiß“ behaupteten, es gebe kein Erkennungszeichen mehr. Hermer Schmid hob hervor, daß zuweilen großer Unfug mit der Legitimation als Wahlvereinsmitglied getrieben werde. Die Vertrauenspersonen werden dafür Sorge tragen, daß bei der Maifeier nur organisierte Kellner beschäftigt werden. Augustin beantragte hierauf, an Stelle des inoffiziellen Vertrauensmannes Pingau für den Schönhauser Bezirk den Genossen Formner Kettner provisorisch zu wählen. Die Wahl wurde dem Antrag gemäß vollzogen. Graßhold brachte zur Sprache, daß der Vorstand der Krankenliste der Maßgebenden wieder bei Puhmann ein Vergnügen abhalte und forderte auf, Bille's nicht zu kaufen. Wille richtete an die in der Versammlung in corpore erschienenen Bierfahrer der Norddeutschen Brauerei, die sonst nie in Parteiversammlungen zu sehen gewesen seien, die Aufforderung, sich endlich auch einer Organisation anzuschließen. Die Frage der Vergnügung u. s. w. wurde bis zur nächsten Parteiversammlung vertagt. Hierauf wurde die Versammlung mit einem braudenden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Verband der in Holzverarbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsversammlung Berlin 2 Nord. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung des Reichs, Bericht 12. Tagesordnung: Vortrag.

Schülerverband der Bremer Werft. Dienstag, den 14. März, Versammlung bei Gerhardt, Langhansstr. 27.

Nationale kaufmännische Gewerkschaft und Herdenschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in Restaurant V. Hohenburg, Kommandantenstr. 10-11.

Berliner Berliner Hausbauverein. Dienstag, den 14. März, Abends 9 Uhr, außerordentliche Generalversammlung in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29.

Zentralverein der Glühbirnen Deutschlands, Generalversammlung. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in Ansehnstr. 16. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Kramlöhler, Kommandantenstr. 29. Tagesordnung: Bericht über den 22. Jahresbericht.

